

Volksrecht

für Schlesien
Verlagort Breslau

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Gierkestraße 4/5, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Buchhandlung, Verlagsgesellschaft R. C. H. 11, Marktstraße 140, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. Wöchentlich 37.— Mr., monatlich 100.— Mr., durch die Post vierteljährlich 430.— Mr., freiübend. = = =

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 2.— Mr., auswärts 30.— Mr., Stellenangebote 5.— Mr., Familienangelegenheiten, Ehescheidungen, Verlobungen und Wohnungsangelegenheiten 4.— Mr., kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mr., das letzte Wort 1.00 Mr., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Marktstraße 4/5 sowie in familiären Zweigstellen abgegeben werden

Havenstein redet — Dollar 6000

Die Reichsregierung ist uneinig, ob sie die Mark stützen soll.

Witzs Anfrage an die ausländischen Sachverständigen.

Der Reichskanzler empfing gestern vormittag die internationalen Sachverständigen, die inzwischen nacheinander in Berlin eingetroffen sind. Es waren erschienen die Herren Wiserling, Cassel, Brand, Regnes, Dubois und Kentz. Der Reichskanzler begrüßte die Herren mit einer Ansprache, in der er nach einleitenden Begrüßungsworten folgendes ausführte: Die Tatsache, daß alle Herren, an die wir die Einladung gerichtet haben, zugestimmt und bereitwillig ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben, bestätigt uns, daß der Entschluß der Reichsregierung, die Frage der Stabilisierung der Mark dem Gutachten ausländischer Sachverständiger zu unterbreiten, richtig war, und wir sehen darin zugleich einen Beweis dafür, wie groß das Interesse an dieser Frage auch im Ausland ist und daß die Frage der Stabilisierung der Währungen nicht nur eine spezifische Angelegenheit der von dem Währungsverfall betroffenen Länder, sondern eine gesamt-europäische Angelegenheit ist, ja sogar eine Angelegenheit der ganzen Weltwirtschaft ist. Die Möglichkeit, die Mark zu stabilisieren, ist natürlich auch bei uns hier in Deutschland von den dazu berufenen Persönlichkeiten und Ministern seit langem auf das Eingehendste geprüft worden und umlo im Hinblick auf die Entwertung der Mark fortgeschritten und je verhängnisvoller die Folgen dieser Entwertung für die deutsche Volkswirtschaft, aber auch für die Wirtschaft der Länder geworden sind, mit denen Deutschland Handel treibt und Handel treiben muß.

Die eine Meinung über dieses Problem ist die, daß der Versuch der Stabilisierung der Mark verzweifelt ist und keinen dauernden Erfolg gewährleisten wird, solange nicht zwei Voraussetzungen erfüllt sind, nämlich die Bilanzierung des Budgets und die Befähigung der Zahlungsbilanz, solange die Warenzufuhr die Warenabfuhr so stark übersteigt, wie in der letzten Zeit — das Defizit der Ausfuhr muß leider noch als sehr viel größer angenommen werden, als die bisher veröffentlichten Zahlen erkennen lassen — und solange zu dieser Passivität der Handelsbilanz aus verschiedenen Gründen noch weitere passivierende Faktoren dazu kommen, die das Defizit in unserer Handelsbilanz noch vergrößern. Unglücklicherweise hängt aber die Erfüllung dieser beiden Voraussetzungen zu einem sehr großen Teil von der Stabilisierung der Mark selbst ab. So gehen Ursachen und Folgeerscheinungen ineinander über und diese Situation führt die andere Meinung zu der Forderung, diesen circulus vitiosus zu durchbrechen und die Mark zunächst einmal auf irgend einer Basis festzulegen, wenn auch nicht endgültig, so doch provisorisch, um auf jeden Fall das weitere Abgleiten der Währung zu verhindern und dies schnell und mit Entschlossenheit, denn lange kann bei dem jetzigen Rückgang der Mark nicht mehr gewartet werden, wenn die deutsche Wirtschaft nicht vollständig zusammenbrechen soll. In dieser unangenehmen Situation hat die Reichsregierung das Bedürfnis empfunden, zu hören, wie man dieses Problem vom Ausland aus ansieht und aus diesem Bedürfnis heraus Einladungen an die Sachverständigen gerichtet. Die Konferenz von Genoa und insbesondere das Sachverständigen-Komitee hat sich mit dieser Frage schon eingehend beschäftigt und ein bedeutsames Gutachten darüber erarbeitet, aus dem nur ein Satz in Erinnerung zurückgerufen werden soll. Das Sachverständigen-Komitee hat damals in seinem Gutachten gesagt: Wenn die äußere Schuldenlast eines Landes seine Zahlungsfähigkeit übersteigt, und wenn dieses Land nicht durch äußere Anleihen Hilfe erhalten kann, so müssen die Anforderungen, diese Verpflichtungen zu erfüllen, notwendig zur Folge haben, daß einmal die Märkte in den anderen Ländern geschlossen werden und daß weiter eine fortgesetzte Entwertung der Währung des Schuldnerlandes eintritt, die das Schuldnerland vollständig hindert, irgend einen Anlauf in der Richtung der Stabilisierung der Währung zu nehmen. Dieses Gutachten ist damals allgemein und ohne Bestehen auf ein bestimmtes, einzelnes Land abgegeben worden. Jetzt handelt es sich darum, und das ist die Bitte, die an die Sachverständigen gerichtet wird, diese Frage besonders im Hinblick auf die deutsche Währung zu prüfen und uns ein Gutachten darüber abzugeben:

1. Ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich?
2. Wenn nein, welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um die Stabilisierung zu ermöglichen?
3. Welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald die Voraussetzungen vorliegen?

Das sind die Fragen, die die Reichsregierung beantwortet haben möchte. Die Sachverständigen haben völlige Freiheit, ihre Arbeiten und Beratungen ganz nach ihrem eigenen Ermessen einzuleiten und durchzuführen. Sie können dabei vollständig unter sich bleiben, sie können aber auch, wenn sie über eine Reihe von Gegenständen, über das deutsche Budget, über die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz und anderes besonders unterrichtet werden wollen, um eine sichere Basis für ihr Urteil zu gewinnen, Fragen an die deutschen Ministerien oder an deutsche Sachverständige der Wissenschaft und Praxis richten. Die Antwort der Sachverständigen auf diese Fragen wird sicher im Inlande und im Auslande mit Spannung erwartet werden und tiefe Beachtung finden.

Die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Reparationskommission

haben am Donnerstag einen gewissen Höhepunkt erreicht. Die Vertreter der alliierten Staaten sind jetzt über Deutschlands Wirtschaft- und Finanzlage bis in die kleinsten Details unterrichtet. Sie haben im Laufe der Verhandlungen die Gründe für

eine Hilfe von außen und die Auffassung der Reichsregierung über die sonst noch möglichen Pläne zur Stabilisierung der Mark kennen gelernt und wünschen nun von Deutschland einen schriftlich fixierten Vorschlag über

1. Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark,
2. die Behebung der schwebenden Schuld und
3. den Ausgleich unseres Budgets.

Dieser Vorschlag soll von den deutschen Unterhändlern in der Freitagssitzung vorgelegt werden und die Grundlage zur Fortsetzung der Verhandlungen bilden. Die Reichsregierung beabsichtigt, die endgültige Fixierung des verlangten Vorschlages in einer am Freitag vormittag abzuhaltenden Kabinettsitzung vorzunehmen. Bereits vor Ankunft der Reparationskommission in Berlin hatten beinahe alle Reparationsforderer mehrere Entwürfe für eventuelle deutsche Vorschläge über die Stabilisierung der Mark ausgearbeitet. In Hand dieser Ausarbeitungen, die übrigens auch die Grundlage der Erklärungen bilden, die der Reichsfinanzminister gegenüber der Reparationskommission machte, wird das Reichskabinett den verlangten Vorschlag formulieren.

Nach den vorläufigen Schätzungen hervorragender Finanzsachverständiger beharrt Deutschland gegenwärtig zum mindesten einer äußeren Anleihe, die der Summe von 500 Millionen Goldmark entspricht. Daß eine derartige Anleihe, die zur Stabilisierung der Mark, zur Behebung der schwebenden Schuld und zur Ausgleichung unseres Budgets Verwendung finden muß, nicht ohne Sicherheit zu erlangen sein wird, darüber sollte sich die Reichsregierung von vornherein klar sein. Sie tut deshalb nur gut, ohne weiteres die Sicherheiten anzubieten, die in unserer Kraft liegen.

Darüber hinaus müssen ebenso Maßnahmen im Innern des Reichs vorgeschlagen werden. Bisher war die Sozialdemokratie die einzige deutsche Partei, die neben der ständigen Forderung nach einer äußeren Anleihe, die sie zur endgültigen Sanierung der deutschen Finanzen für unbedingt notwendig hält, positive Vorschläge zu Maßnahmen im Innern vorgebracht hat. Außer einer Aktion zur Stützung der Mark durch Verwendung eines Teiles des Goldbestandes der Reichsbank hat sie die Ausgabe einer werftätigen Anleihe, eine beschleunigte Steuereinzahlung, eine Hemmung der Luxuseinfuhr und andere handelspolitische Maßnahmen empfohlen. Diese Forderungen, die sich die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften in dem bekannten Schreiben an den Reichskanzler in ihren wesentlichen Punkten zu eigen gemacht haben, hält die Sozialdemokratie nach wie vor aufrecht. Mehr noch! Sie erwartet von der Reichsregierung, daß ihre Forderungen in den Vorschlägen an die Reparationskommission die notwendige Verwendung finden. Der Berliner Dollarkurs nach der Havenstein-Akte sollte der Reichsregierung beweisen, wohin das deutsche Volk geführt wird, wenn Havenstein'sche Rezepte weiterhin Anwendung finden.

Kadbruch an der Arbeit.

Vorbereitung einer gründlichen Reform des Zivilprozesses.

In der ersten Sitzung der Kommission zur Aufstellung eines Entwurfs einer neuen Zivilprozessordnung führte Reichsjustizminister Dr. Kadbruch in einer einleitenden Ansprache über die Ziele des Gesetzgebungswerkes u. a. aus: Der aus einem vergangenen Zeitpunkt geborene Prozeß sei in seiner Schwerkraft und Langsamkeit dem Volke völlig entfremdet. Der Unwille weiter Kreise richtete sich nicht gegen das Prozeßgesetz, sondern gegen die, die es anwenden, gegen die Justiz. Gegen sie gegen die Strafrechtspflege der Vorwürfe der Klassenjustiz, werde gegen die bürgerliche Rechtspflege derjenige der Weltfremdheit der Richter erhoben, der doch eigentlich und wesentlich nur der Zeitfremdheit eines überalterten Gesetzes gelte. Aus solchen Stimmungen heraus ergebe sich die Pflicht aus der ordentlichen Justiz, die wir jetzt mit Begehrnis erleben, die Pflicht der kleinen Objekte in die Sondergerichtsbarkeit und die der großen Objekte in die Schiedsgerichtsbarkeit. Die ordentliche Gerichtsbarkeit drohe zu einer Ruine zu werden, gerade noch gut genug, um daraus Steine zu brechen für den daneben zu errichtenden Neubau der Sondergerichte. Gerade die Gebiete, die der ordentlichen Justiz entzogen werden sollten, seien aber diejenigen, aus denen sich am besten die Erneuerung ihres sozialen Geistes ergeben könne. Nur eine kräftige und schnelle Neuordnung der Justiz könne ihrer fortschreitenden Auswühlung durch die Sondergerichtsbarkeit und die Schiedsgerichtsbarkeit Halt gebieten.

In der zweitägigen Beratung besprach die Kommission die wichtigsten grundsätzlichen Fragen der Reform. In einigen Wochen wird die Aussprache fortgesetzt werden.

Außer dem Referenten des Reichsjustizministeriums und Vertretern der preussischen und bayerischen Justizverwaltung gehörten der Kommission an Reichsgerichtsrat Buch-Keipzig, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Levin-Braunschweig, Professor Stein-Keipzig, Justizrat Dr. Magnus-Berlin und als korrespondierendes Mitglied Rechtsanwalt Fuchs-Karlruhe.

Ein Dollar (vorbörslich) 6250 Mr.

Bayern vor einem neuen Putz?

Die heutige Berliner Morgenpresse weist fast allgemein darauf hin, daß Bayern vor einem neuen Putz steht. Die „Volksrecht“ begnügt sich nicht nur mit der nackten Feststellung, daß Putz die bevorzogene, sondern behauptet weiter, daß sich Ehrhardt in München befindet und daß er der Träger des Gedankens ist, durch einen Sturz nach faschistischer Art die Aufrichtung eines Mittelständischen Reiches durchzuführen. Gleichzeitig mit dieser Aktion soll einer gewalttätigen Einverleibung Nord-Tirols in das italienische Staatsgebiet vorgekommen werden. Nach Informationen unseres Berliner Büros treffen die Angaben der „Volksrecht“ über den Aufenthalt Ehrhardts in München oder wenigstens in unmittelbarer Nähe Münchens zu. Die „Münchener Post“ wendet sich in ihrer Donnerstag-Ausgabe mit einer Warnung an die Arbeiterklasse, sich nicht von rechtsradikalen Kreisen provozieren zu lassen. Unser Parteiblatt hebt besonders hervor, daß die Nationalsozialisten nach dem Vorbild der italienischen Faschisten Aufschüßlichkeiten für den 11. November planen.

München, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Bayerische Volkspartei löst bei ihren Versuchen, das bisherige Regierungssystem fortzuführen, auf unerwartete Schwierigkeiten. Bisher nahm sie davon Abstand, ihre Parteiführer mit der Regierungsbildung zu betrauen. Sie sucht nach „nationalen Persönlichkeiten“, die, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben, Selbstüberwindung genug besitzen, die Rolle eines Brückenbauers zu übernehmen und der Mehrheitspartei die Möglichkeit zu geben, bei gleichbleibendem Programm und Verhältnissen im Parlament populär, je nach der Konjunktur, mal ein bißchen mehr nach links und mal ein bißchen mehr nach rechts, zu regieren.“ Staatsrat Wanner, der als Reichensfelds Nachfolger gedacht war, scheint das Schicksal seiner Vorgänger Rahr und Verdenfeld zu fürchten. Ihn hat offenbar stuhig gemacht, daß ein Führer der Bayerischen Volkspartei geäußert hat: „Wenn der neue Ministerpräsident nicht mehr paßt, dann schicken wir ihn eben wieder fort.“ Da die Suche nach einem brauchbaren Objekt bisher ohne Erfolg war, ist die Einberufung des Landtages, die für den 3. November geplant war, auf nächste Woche verschoben worden. Bemerkenswert ist, daß innerhalb der Demokratischen Partei eine Strömung besteht, die für den Wiedereintritt in die Koalition wirbt.

Die Faschisten liefern sofort Staatsbetriebe an das Privatkapital aus.

Aus Italien kommen offiziöse Versicherungen der Faschistenregierung, daß die Lage bereits wieder normal sei. Eine der ersten Taten Mussolinis war neben der Festlegung des 4. November als Nationalfeiertag die Herbeiführung eines Beschlusses des Ministerrats, alle ohne Hebereschuß arbeitenden Staatsbetriebe an privatkapitalistische Firmen zu übergeben. Das ist der erste Schritt an die Geldgeber für den faschistischen Kampffonds. — Als Nachfolger des italienischen Bolschewikers in Berlin wird der Generalsekretär der Genueiser Konferenz, D' Avezzano, offiziell bestätigt.

Die erste Eroberung des Faschismus in Schlesien

Ist die „Schlesische Zeitung“ geworden. Hat doch ihre Leitartikel bereits am Mittwoch, trotz einigen Bedenken wegen der Deutscheindlichkeit der Faschisten, dem deutschen Bürger, dem Sinne nach ganz klar, bereits empfohlen, sich nach dem Vorbild Mussolinis „zu rühren“. Daß ein internationaler Faschistenkongress in allen unseren besser bewaffneten Nachbarländern dem Auslands- und Grenzdeutschtum den Todesstoß geben muß, wird gegenwärtig in der „nationalen“ deutschen Presse nicht einmal erwähnt. Haben die Faschisten in Italien doch — schmeichelhaft! — die rote Gefahr erkannt und sich dadurch um das Klasseninteresse der Feudalisten und der Spießbürger in deren Augen solche Verdienste erworben, daß „nationale Belange“ wenigstens vor den Augen der Deutschnationalen im sicheren Breslau und Berlin, kein Trennungsgrund mehr sind. In Wozzen und Zansbrunn dürfte man anders denken. In der „Schlesischen Zeitung“ aber jubelt heute der von keiner besonders offenerzogene Hausdichter „Theodor“:

„Seh' einer doch mal die Faschisten an!
Der deutsche Bürger hier lernen kann,
Der Mussolini im schwarzen Hemde,
Wirt über die Grenze bis in die Fremde.
Er gibt mit seinen energischen Tunes,
Ein schönes Beispiel völkischen Schwunes.
Erschütterer sind jetzt im Lande der Winen
Die sonst so geschlossenen toten Linien.
Begraben liegt in den Brettern des Saras
Die Rechte des Heils vom seligen Marx.
In dieses letzten Erfolges Betrachtung
Schließt sich der Ausdruck vollkommener Achtung.“

Der Ausdruck vollkommener Achtung der „Schlesischen Zeitung“ für die Herren Faschisten wird aus würdevoller durch die neuesten Meldungen aus Paris ergänzt, die sich gleichfalls sehr zufrieden über die Faschisten ausdrücken, weil unter den von ihnen gepöbelten Häusern besonders viele von Deutschen seien.

Ein schlechtes Vorzeichen für die englischen Parlamentswahlen.

Vorgestern fanden in ganz England und Wales die Gemeinderatswahlen statt. Die bisherigen Wahlergebnisse zeigen eine Niederlage der Arbeiterkandidaten und einen Erfolg der Konservativen. Es wird besonders betont, daß die Industriekreise im Norden gegen die Arbeiterkandidaten gestimmt haben. Der „Times“ zufolge haben nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen der Wahlen in der Provinz die Konservativen 101 Sitze gewonnen und 18 Sitze verloren, die Liberalen 33 Sitze gewonnen und 11 verloren, die Arbeit-

Zum ober-schlesischen Wahlkampf.

Bei den Nachwahlen zum Reichstag und Landtag, die am 19. d. Mts. im deutschgebliebenen Teil Oberschlesiens stattfinden, spielen Versprechungen wieder eine große Rolle. Die Deutschnationalen wollen an die ober-schlesische Politik ihrer geistigen Vorfahren, der Salafiten, die den Nationalitätenkampf erst in voller Schärfe entbrennen ließ und die polnisch sprechenden Oberschlesier gegen Deutschland verhetzen mußte, begreiflicherweise nicht gern erinnern. So sprechen sie von der Zukunft, die sie für das vielgeprüfte Grenzland heraufzuführen wollen, wenn man ihnen Vertrauen schenkt, von der Zukunft, die sie sich als die Veremigung des Nationalitätenkampfes und seiner Verschärfung durch Klassenhate und leeres Kriegsgerede nach außen, Bürgerkriegsstimmung im Innern denken. Das Zentrum herrscht praktisch schon seit längerer Zeit in Oberschlesien; ihm gehören die leitenden Beamten der Provinz, Oberpräsident und Regierungspräsident an, seinen Wünschen als „Mehrheitspartei“ gemäß sind fast alle innerpolitischen Entscheidungen der letzten Zeit für Oberschlesien gefallen. Trotzdem spricht auch das Zentrum lieber als von jüngster Vergangenheit und Gegenwart, im Wahlkampf von seinen Zukunftsplänen. Vielleicht auch nicht so sehr, sondern gerade weil es ja heute schon die Macht in der Provinz hat und seine Wünsche im Rahmen des Möglichen verwirklichen kann. Daß die Kommunisten von ihren Leistungen in Vergangenheit und Gegenwart nicht sehr viel erzählen können, während gleichzeitig ihre Sendboten noch um Hilfe für den Kampf gegen die Sowjetmacht betteln gehen, ist nicht weiter verwunderlich. Aber sie und auch die kleineren bürgerlichen Parteien kommen im ober-schlesischen Wahlkampf ja nur als Stimmenspaltler zwischen den großen Parteien in Betracht.

Die Sozialdemokratie hat in Oberschlesien nach der nationalistischen Erregung der letzten Jahre, die sich selber immer wieder neu ansieht, einen schweren Stand. Gerade sie, die ihre ganze Arbeit auf eine Gesellschaftsordnung der Zukunft richtet, die aus der immer deutlicher werdenden Unhaltbarkeit des Kapitalismus herausführt, darf angesichts ihrer Stärke nicht mit Zukunftshoffnungen allein trösten. Sie hat das auch nicht notwendig. Ihre praktische Gegenwartsarbeit ist gerade der ober-schlesischen Bevölkerung mehrheitlich, die ja aus Arbeitern, Angestellten und Beamten besteht, auch in hohem Maße zugute gekommen. Daß dieses nach außen bei der Machtverteilung in der Provinz, im Reich und im Staat recht in die Erscheinung trat. Wie unsere Partei für die Interessen gerade der notleidenden Oberschlesier eintritt, mag eine Rede unseres Abgeordneten Genossen Gustav Scholich in der letzten Oberschlesien-Debatte des Reichstages zeigen, die wir im folgenden etwas gekürzt wiedergeben. Sie beweist, wie unsere Vertreter praktische Hilfsarbeit für die notleidenden Oberschlesier zu leisten streben und zeigt auch, besonders in ihren letzten inzwischen überholten Ausführungen gegen das Zentrum, worin sich die sozialdemokratische Oberschlesienpolitik der praktischen sozialen Leistung von der ober-schlesischen Agitationspolitik anderer Parteien rechts und links unterscheidet.

Genosse Scholich

führte aus:

Wenn man sich heute den Saal ansieht, bekommt man allerdings den Eindruck, daß man in Oberschlesien schon längst vergessen und verachtet hat, nachdem man vorher so geehrt wurde. (Sehr richtig.)

Selbstkritik

Soweit er gestern hier wieder in die Erscheinung trat, und der von Herrn Sid aus ichärfte beurteilt, heute von dem Kollegen Meckenthin dafür wieder recht warm unterstrichen worden ist, ist doch eine recht zweifelhafte Waffe. Ich glaube, beide Herren kennen den Selbstkritik nicht in seinen Handlungen und Auswirkungen, sie kennen nicht den Eindruck, den man in Oberschlesien selbst von diesem Selbstkritik bekommen hat, nämlich von dem legalen Selbstkritik, der sich aus Oberschlesien zusammensetzte, und von dem illegalen Selbstkritik, der sich aus dem ganzen Reich zusammengesetzten Leuten zusammensetzte. Gerade meine Parteifreunde waren es, die auf das entschlossene darauf drangen, daß dieser Teil des Selbstkritik, den die Oberschlesier nicht gerufen und nicht gewünscht hatten, auch verschwinde. Wenn sich dann daraus Barden gebildet haben, die auf feigere Faust dort blieben, so sind das Nachwirkungserscheinungen, wie wir sie in ähnlichen Fällen auch anderwärts erleben konnten und erleben mußten. — Aber eins, Herr Kollege Allan, will ich Ihnen doch verraten: bei diesem Selbstkritik war eine große Portion auch Ihrer Parteifreunde mit darin. (Hört, hört!) Ich kann Ihnen eine ganze Reihe von aktiven kommunistischen Mitgliedern aus Oberschlesien nennen, die dem Selbstkritik in Oberschlesien beigetreten waren. Sie werden wahrscheinlich auch einen gewissen Stolz kennen; ich glaube, er ist Vorzeichen Ihrer Organisation in Gleiwitz, oder er war es. (Hört, hört!)

Er hat damals, wenn ich nicht irre, bei dem zweiten Polenputz, ausdrücklich verlangt, daß sofort Reichswehr nach Oberschlesien kommen müsse, um die Polen dort hinauszutreiben. (Heiterkeit. Zurufe links.) Mein Parteifreund Franz hat ihm dann erst begrifflich machen müssen, daß es doch wohl nicht gehe und daß da sein innerer Wunsch als Oberschlesier wahrscheinlich keine kommunistische Tätigkeit weit in den Schatten stelle. Ich glaube also, Sie haben alle Veranlassung, da auch etwas vorsichtiger zu sein und vor der eigenen Tür zu kehren, ehe Sie, wie Sie es gestern durch Ihren Parteifreund Sid getan haben, andere Parteien angreifen und mit Schmutz bewerfen. Ich kann mir ja denken, was Sie dabei bezwecken. Aber ich sage Ihnen, wenn Sie das selbe Spiel in Oberschlesien spielen wollen, wie Sie es in Moskau getan haben, dann hüten Sie sich sehr: die Oberschlesier verhungern zu lassen und das Geld, das man dafür ausgegeben hätte, für andere Zwecke zu verwenden, dafür sind die Oberschlesier nicht zu haben.

Eins will ich Ihnen sagen: Wenn etwa Ihre Meinung dahin geht,

die Erörterung, die unter den ober-schlesischen Flüchtlingen herrscht und herrschen muß darüber, daß sie hinausgejagt sind, daß sie sich monatelang in den erbärmlichsten Unterfordrungen herumtreiben müssen, daß sie

hungern und darben müssen, keine Arbeit bekommen und anderwärts noch mit Scheitern zugehen werden, wenn Sie diese Stimmung der ober-schlesischen Flüchtlinge, die durchaus berechtigt ist, bei den Wahlen ausnützen wollen und darauf rechnen, daß sie scharenweise zu Ihnen gelaufen kommen, dann werden Sie sich schwer täuschen.

Die Oberschlesier haben noch nicht vergessen, daß es die Kommunisten waren, die damals, als es sich um die Entscheidung handelte: Oberschlesien bleibt bei Deutschland oder es geht zu Polen, sagten: ihr bleibt nicht bei Deutschland, ihr kommt für Moskau. Das wird euch nicht vergessen werden; darauf geht sehr gut auf.

Ich möchte noch auf einige Ausführungen des Herrn Kollegen Meckenthin eingehen, der heute Anträge vorbringt, die wir nicht unterstützen können, denn der Antrag bezüglich der Orden und Ehrenzeichen, Herr Kollege Meckenthin, ist doch wirklich überlebt und überholt. Daß Sie ihn heute noch vertreten und verteidigen, wundert mich sehr.

Lassen Sie den Oberschlesier lieber Hilfe angedeihen, statt daß Sie ihnen Orden und Ehrenzeichen geben; damit kann man in Oberschlesien nichts anfangen. Wir haben alle Veranlassung, das zu wollen, was Herr Kollege Meckenthin heute als so bedauerlich kritisiert hat, daß überall die Staatsregierung wieder eintritt, aber wo bleibt denn Staatsregierung heute in gewissen Kreisen, die Ihnen nahe stehen? (Sehr gut bei der WSP.)

Herr Kollege Meckenthin hat dann heute etwas gesagt, was ich nicht unbedarft lassen möchte. Ich hätte allerdings erwartet, daß gerade er, der schon wiederholt etwas unvorsichtig mit seinen Ausdrücken und Redensarten war — ich darf nur an Breslau erinnern —, dessen Redensarten dann eine Wirkung gehabt haben, die er zweifellos nicht wollte und die er dann durch eine andere Auslegung wieder abzumildern versuchte, etwas vorsichtiger gewesen wäre. Er hat vorhin gesagt, daß die Frauen und Mädchen, die in Oberschlesien mit den feindlichen Offizieren und Mannschaften konspiriert haben, einen verzerrten Denkmahl, wie sie ihn erhielten, verdient haben. Herr Kollege Meckenthin, wenn Sie das Glend selbst mit angesehen hätten, dann hätten Sie das wahrscheinlich nicht gesagt. Wenn Sie wüßten, daß es nicht nur Arbeiterinnen und Mädchen waren, sondern auch Frauen und Mädchen aus besseren Kreisen, wenn Sie weiter wüßten, daß während des Krieges in Frankreich unsere Offiziere auch die französischen Frauen und Mädchen nicht verschmäht haben, (Sehr wahr! bei der WSP.), sogar bis in die höchsten Kreise hinein. — Sie kennen ja den irühheren Kronprinzen Wilhelm und wissen, was darüber gesprochen wird — wenn Sie das alles wissen, dann sollten Sie sehr vorsichtig sein und in Ihrem Glashaus recht ruhig sitzen bleiben, nicht auf andere mit Steinen werfen. (Sehr richtig! bei der WSP.) Man kann nicht solche Schändlichkeiten, wie sie dort vorgekommen sind, einfach glatt verteilen.

Einige Worte nun zu dem, was gestern mein Parteifreund Franz hier vorgelesen hat, was ich nicht wiederholen will. Nur einige Einzelheiten, die ich besonders im Auge habe, möchte ich nochmals hervorheben. Ich billige den Antrag der Deutschen Volkspartei, der dahin geht,

den Oberschlesier zu helfen.

Meist sind es arme Leute, diese kleinen Schiffer, die aus Schlesien dort oben waren und während des Aufstandes zum Teil liegen bleiben mußten, zum Teil auswärts an anderen Orten lagen. Sie haben monatelang keine Beschäftigung, keine Verdienstmöglichkeit gehabt. Ihnen soll und muß geholfen werden, abgesehen davon, daß einige von ihnen auch noch ganz erheblichen Schaden an Schiffsmaterial und dergleichen zu beklagen hatten. Wir werden also diesem Antrag unsere Zustimmung geben.

Wir haben nur den Wunsch, daß alles, was hier darüber gesagt worden ist, auch wirklich von der Regierung in die Tat umgesetzt und recht bald in die Winterarbeitsmöglichkeit gebracht wird.

um den vielen Tausenden, die sich noch arbeitslos in Lagern usw. aufhalten müssen, Arbeitsmöglichkeit zu geben. Ich habe es selber beobachtet und auch viel Material darüber erhalten,

wie die Flüchtlinge

in den einzelnen Ländern behandelt werden. Ich habe ja nicht nur heute, sondern wiederholt an anderer Stelle, auch im Reichstagsrat, auf die Not und das Glend hingewiesen, in dem die vertriebenen Flüchtlinge leben, hingewiesen auf die elenden Unterkunftsräume, Scheunen, Schuppen, Ställe, in denen sie sich herumtreiben müssen. Etwas besser ist es wohl in den Lagern, obwohl sie auch dort fast wie in einem Stall zusammengepfercht werden. Wohin hat man sie zuerst geschickt? — In die Lager. Von dort bekamen sie Arbeit. Ja, die Arbeiter gingen zur Arbeit, die Frauen und Kinder aber, die Familien, mußten in den Lagern bleiben, von dem geringen Lohn, den die Oberschlesier bekamen, die man deshalb überall als Lohnbrüder anjah. Weil sie plötzlich da und dort mitfahren, mußten sie die Entschädigung bezahlen, die für Frau und Kinder aufgewendet worden ist. Sie hatten also gewissermaßen für einen doppelten Haushalt aufzukommen, einmal für ihre eigenen, wenn sie anderswo arbeiteten, einmal für ihre Familien, die in den Lagern bleiben mußten. So ist es auch gekommen, daß ein großer Teil dieser Flüchtlinge, die schon Arbeit hatten, nachher wieder in das Lager zurückgeführt ist. Ich möchte ganz besonders bitten, daß, wenn irgend möglich, neben der Arbeit auch

Wohnungsgelegenheit für diese Flüchtlinge

geschaffen wird. (Sehr richtig! bei der WSP.) Denn wo soll der Familienstamm, den andere Kreise so besonders reichlich, wenn man diese armen Vertriebenen noch dadurch bestraft, daß man sie überall hin- und herwirft und sich kein Mensch darum kümmert! Ich habe erst vor einiger Zeit in das Landkammer Lager hineingehen können und habe gesehen, wie man dort die ober-schlesischen Frauen und Kinder behandelt. Für die Ballistikmer wird im Landkammer Lager ein Haus nach dem anderen errichtet. (Zuruf rechts.) Grund und Boden wird urbar gemacht. Sie bekommen Acker. Diese werden bestellt. Zur Arbeit dazu werden auch die Frauen und Kinder aus Oberschlesien gezwungen. (Hört, hört!) Man kümmert sich garnicht darum, ob sie wollen oder nicht; man zwingt sie einfach dazu; sie müssen gehen. Und wie werden sie behandelt? Für die Ballistikmer hat man alles übrig, für diese ober-schlesischen Flüchtlinge aber gar nichts.

Nur hat, wenn man den Ausdruck hier einmal gebrauchen darf, als Oberschlesien tatsächlich das Herz gebrochen, zugleich, wie man die Oberschlesier dort in dem Lager als überflüssige und unnötige Eßer betrachtet, wie man sie am liebsten heraus haben möchte. Die Entschädigung, die sie dafür bekommen, ist so minimal, daß kein Mensch davon leben kann. Es sind Leute, wie ich sie hier habe, die nicht nur für die Oberschlesier, sondern überhaupt für die Vertriebenen gelten. Auch aus Ost- und Westpreußen, auch aus Elsaß-Lothringen sind noch eine ganze Anzahl untergebracht, die keine Arbeit, keine Wohnung haben. Da sind Leute, bis am 14. August galten, aufgestellt. Ein Mann über 25 Jahre mit eigenem Haushalt bekam monatlich 910 Mark. Ein Mann unter 21 Jahren bekam 325 Mark. Weibliche Personen über 21 Jahre im eigenen Haushalt bekamen 700,50 Mark, genau auf die Weibliche umgerechnet. Weibliche Personen unter 21 Jahren bekamen 250 Mark. Ein Ehepaar ohne Kinder bekam 1545,70 Mark, mit einem Kind 2106 Mark, mit 5 Kindern und mehr 3913 Mark. Das war keine aussergewöhnliche Summe, ich habe überhaupt nur leben zu können, das wird jeder einsehen, bez die Verhältnisse einmal beurteilt oder sich, falls er sie nicht aus eigener Person kennt, von seiner Frau oder von seiner Familie erzählen läßt.

Daher erscheint es in erster Linie angebracht, daß man die Regierung auffordert,

dafür zu sorgen, daß diese Leute dort nicht hungern, sondern so unterstützt werden, wie es notwendig ist, damit sie leben können,

und daß man auf der anderen Seite dafür sorgt, daß die Männer, daß die Familien, die arbeiten wollen, auch Arbeit und Wohnung bekommen.

Da habe ich gerade leider auch noch ein Klageglied aus Schlesien zu fügen darüber,

daß man dort in gewissen Kreisen nicht dafür sorgt, die aus dem jetzigen polnischen Oberschlesien vertriebenen Deutschen in erster Linie in Arbeitsstellen unterzubringen.

Wir haben schon früher einmal in einer kleinen Anfrage darauf hingewiesen, und ich möchte das heute von dieser Stelle aus wiederholen und

unterstreichen, daß eine ganze Anzahl von Großgrundbesitzern gerade in Ostpreußen deutsche Arbeiter nicht einkellt, aber Ausländer in ganz besonderer Weise bevorzugt.

(Sehr richtig! links.) Hier gibt es Arbeitsmöglichkeiten. Ich hoffe, daß auch die Partei des Herrn Regenborn, der gestern eindringliche Worte dafür gefunden hat, sich dafür einsetzen wird, daß die seiner Partei angehörigen Großgrundbesitzer in Schlesien auch vertriebene Oberschlesier bei der Arbeit einstellen und den Ausländern gegenüber bevorzugen. Die Flüchtlinge, die heute noch ohne Arbeit sind, kosten dadurch, daß sie Erwerbslosunterstützung beziehen, dem Staat eine erhebliche Summe Geld. Wenn man zu den Flüchtlingen aus Westpreußen, die hier mit 40000 angegeben sind, die noch nicht untergebracht sind, die übrigen aus Elsaß-Lothringen und Oberschlesien hinzuzählt, wird die Zahl von 100000 bald erreicht werden, für die wir zu sorgen haben. Da wird es auch nicht hoch gegriffen sein, wenn ich sage, daß für diese Leute zu ihrer notwendigen Unterhaltung heute 3 bis 4 Millionen Mark an Unterstutzung zu zahlen sind. Wenn Staat und Reich sich diese Summe vor Augen halten, müssen sie, glaube ich, ein doppeltes Interesse daran haben, Arbeitsgelegenheit für die Oberschlesier zu beschaffen. (Sehr wahr! links.)

In Weuthen ist vor kurzem eine Versammlung gewesen, in der die dort untergebrachten ober-schlesischen Flüchtlinge die beklagten, daß der kommende strenge Winter sie erziehen läßt, dringend gefordert haben, daß recht bald alle zur Verfügung stehenden Räume für sie nutzbar gemacht und in erster Linie zwei Kolonien zu Wohnungen für sie ausgebaut werden. Was für Weuthen gilt, gilt auch für andere Städte. Die dafür nötigen Geldmittel müssen bewilligt werden, denn

man kann nicht sagen, daß man den Oberschlesier helfen will, wenn man nicht die dafür erforderlichen Mittel bewilligt.

Wir haben, um bei den kommenden Gemeindevahlen zu zeigen, daß die ober-schlesischen Vertriebenen nicht minderen Rechtes sind, den Antrag eingebracht, daß das Gemeindevahlrecht für sie etwas geändert wird. Ich habe mich gemundert, daß die Deutsche Volkspartei in ihrem Antrag einer ganzen Anzahl dieser ober-schlesischen Flüchtlinge das Wahlrecht nicht geben will.

Wenn Sie nur die Zeit vom Januar bis Mai des Jahres berücksichtigen, wo bleiben dann die die im vorigen Jahre bei den Polenaufständen vertrieben wurden, die sich im ganzen Reich herumgeschlagen haben, nirgends eine Unterkunft gefunden haben, von Haus zu Haus, von Verwandten zu Verwandten gewandert und jetzt irgendwo in Oberschlesien wieder gelandet sind, weil ihr Hang zur Heimat sie dahin gezogen hat? Denen wollen Sie mit Ihrem Antrag das Wahlrecht nicht geben, Herr Meckenthin?

Sehr überrascht bin ich darüber, daß auch der Deutschnationalen, Herr Regenborn, diesem Antrage keine Zustimmung nicht geben zu können glaubt, sondern erwartet, daß der Antrag zunächst in einem Ausschuss beraten werden wird. Wenn Sie der Antrag an einen Ausschuss verweisen, dann sage ich Ihnen ganz offen, daß Sie damit auch das Wahlrecht für diese vertriebenen Oberschlesier sabotieren, daß Sie nicht die Absicht haben, ihnen sofort das Wahlrecht zu geben, wo es möglich wäre. Ich bitte dringend, diese Anträge nicht erst in den Ausschuss zu verweisen, denn in dieser Woche könnte er nicht noch einmal vor das Haus kommen, sondern erst nach der Vertagung. Aber das Glend ist heute in den einzelnen ober-schlesischen Gemeinden — Herr Kollege Franz nannte gestern schon Zabrze, eine sehr große Gemeinde — schon so groß, daß sie überhaupt nicht wissen, wie sie weiterarbeiten sollen; die Gemeindevereinigungen sind zum großen Teil beschlußfähig, weil viele Gemeindevereine vertrieben sind. Die Gemeinden können also nicht vorwärts kommen, wenn nicht sofort Wahlen stattfinden. Deshalb ist es erforderlich, unseren Antrag und den Zusatzantrag des Herrn Kollegen Göbel sofort zu erledigen. Unser Antrag will weiter nichts, als daß den vertriebenen Oberschlesier das Wahlrecht gegeben wird. Es wird hier gewiß niemand sagen können oder sagen wollen, daß wir diesen Antrag etwa aus parteipolitischen Gründen gestellt hätten. Ob diese vertriebenen Oberschlesier unserer Partei ihre Stimme geben oder anders wählen werden, das wissen wir nicht, darum haben wir uns nicht gekümmert, sondern wir haben uns nur um dem Gedanken teilen lassen, daß man ihnen als gleichberechtigten Bürgern in Preußen auch das selbe Wahlrecht geben muß, wie den allen Einwohnern, und daß man ihre Not nicht dadurch verschärfen soll, daß man sie wie Preußen minderen Rechts behandelt. Wer also will, daß den vertriebenen Oberschlesier geholfen werde, der möge unserem Antrag, eventuell mit dem Zusatzantrag Göbel, zustimmen und nicht erst die ganze Sache in den Ausschuss verweisen.

Zum Schluß noch ein Wort, das ich an dieser Stelle nicht aussagen lassen will. Nach der Abstimmung, bei der es sich darum handelte, ob Oberschlesien bei Deutschland bleiben oder zu Polen kommen soll, haben verschiedentlich Personen versucht, Experimente zu machen, die den Oberschlesier durchaus nicht genützt haben. Ich weiß, daß auch heute noch gewisse Kreise in Oberschlesien darauf hinwirken, weitere Sonderansprüche für sich und ihre Freunde durchzusetzen. Diesen Kreisen möchte ich an dieser Stelle sagen, daß wir eine derartige Interessensvertretung gewisser Kreise, die in Oberschlesien sehr bekannt sind, nicht mitmachen werden.

Die Oberschlesier brauchen Ruhe, damit sie vor allen Dingen das, was ihnen genommen und was ihnen zurück gegeben ist, wiederbeschaffen und aufbauen können.

Gerade mit ihnen soll man nicht irrendliche Experimente machen und sie auf diese oder jene Bahn zu bringen suchen! Das muß jetzt endlich einmal aufhören! Der Genfer Vertrag hat uns genug geschadet; wir wollen nicht, daß nun auch noch gewisse Kreise den Oberschlesier Schaden zufügen. Wir lassen mit Oberschlesien nicht Scheinblubler treiben! (Zustimmung bei der WSP.) Das sollen diese Kreise für jetzt lassen! Ich komme nicht unterlassen, von dieser Stelle aus auch davor einmal eindringlich zu warnen. (Sehr richtig! und lebhafter Beifall bei der WSP.)

Kaufe täglich

Frauenhaare

Zahle pro Gramm bis 20 Pf., pro Kilo bis 200 Mk.

Selmas Kunath, Breslau, Schulstraße 21.

Empfehlenswerte Firmen für unsere Leser

Für die Wäsche nur die beste Qualität und das ist

Ruba-Seife

Rudolph Balhorn,
Seifen- und Parfümerien-Fabrik.
8 Verkaufsstellen am Platz.

Damen-Modehaus **Leo Böhm**
Gartenstraße 43

HALPAUS-RARITÄT

DIE UNÜBERTROFFENEN
QUALITÄTS-CIGARETTEN

Beleuchtungskörper
für Gas und Elektrisch
Koch-Heizapparate - Motoren
sowie alle Zubehörteile

Georg Frey & Co. Neue
Belichtungskörperfabrik u. Ing.-Büro f. elektr. Anl.

Adolf Stephan, G.m.b.H.
Ingenieur-Büro • Tauentzienstraße 24
Spezial-Geschäft für Wasserleitungs-, Kanalisations-
und Gasbeleuchtungs-Anlagen, Bade-Einrichtungen
Fernsprecher: Ring Nr. 606 und 5405

Wasch- Damen-Kleider
Mädchen-Kleider
Knaben-Anzüge

kauft man gut bei
M. Centawer
Schmiedebrücke Nr. 7-10

Reserviert

Albert Schäffer
Breslau I Ring 23

Seidenbänder • Seidenstoffe
Tulle • Spitzen • Wollwaren

Zentralperle

Die Zigarette der Qualitätsraucher

Pomona
Zigarettenfabrik, Breslau

Friedrich Paesler, Breslau 10

Moltkestraße 15 • Telefon Ohle 1514
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Werkzeuge, Solinger Stahlwaren

Lucas Nchf. Fraenkel

BRESLAU 1 • Schmiedebrücke 54
Größtes Spezialhaus für Strumpfwaren, Wollwaren, Trikotagen
Engros - Export • Gegründet 1829

Philipp Simmel
Größte Auswahl in
Lederwaren, Koffern, Reiseartikel
Breslau, Neue Schweidnitzer Straße Nr. 18.

G. Friedländer's Kaufhaus, Sonnenstraße 30, Ecke Trinitasstraße
Gegründet 1876
Kleiderstoffe, Wäsche, fertige Bezüge, Inletts, Blusen, Kleider, Röcke etc. etc. bekannt billig
Vorzeiger dieses Inserats erhält Extra-Rabatt // Spezialität: Schneiderartikel

Kaufhaus H. Russ
Friedrich-Wilhelmstraße 92
Manufaktur-, Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Händler u. Wiederverkäufer erhalten Vorzugpreise

Fritz Maercker
Albrechtstraße 21
Größtes Spezialhaus für
Herren-Hüte und Mützen

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Ohne Gewähr
Musterschutz
Städtische Straßenbahn Breslau.
Sommerfahrplan 1922
Gültig vom 1. April 1922 ab
Die Zellen von 802 abwärts bis 808 morgens sind durch Unterstrichen der Nummern gekennzeichnet.

Büro-Bedarf **Artur**
Bahnhofstraße 1a
Telephon Ring Nr. 11072
Befensted

Korsetthaus Geschw. Binninger
Gartenstraße 54. • Für jede Figur ein Korsett
Spec.: Karin-Gürtel

Linie	Abfahrt von	Betriebszeit von bis	Min.	Linie	Abfahrt von	Betriebszeit von bis	Min.		
1	Grüneiche	507	1191	12	3	Gabitz-Straße	626	732	
	Westend-Straße	515	1212	12		Ring	616	755	12
2	Südpark	506	542	12	5	Schlachthof	424	530	
		532	1215	6			536	1045	6
		1215	1245	12			1045	1125	12
2 E	Odertor-Bahnhof	510	536	12	Ohlauer Tor	500	615	12	
		536	1215	6		612	1100	6	
		1215	1245	12		1100	1200	12	
2 E	Schenkendorf-Str.	724	745	6	6	Popelwitz-Stadtgrenze	447	1125	
		1125	134	12			1125	1255	12
		284	711	12			450	1132	6
Ring	Ring	747	811	6	7	Köhlen-Straße	417	1117	
		1148	200	12			512	1142	7 1/2
		800	715	12			412	1219	7 1/2
				* ferret bis Ring von 11 1/2 bis 12 1/2					
				** ferret ab Ring bis 12					
				*** Sonntags nach Bedarf					
				* verkehrt nur Werktags					
				** ferret 12 1/2 und 12					

Leinen- u. Wäschehaus
FRITZ KÖNIG
Rosenthaler Straße 22

Damen-Moden
Straßenkostüme
Gesellschaftskleider
Sportkostüme
Anfertigung sämtlicher Pelzsachen
Atelier Hermann & Mordkiewitz
Gartenstraße 28

Kaufhaus des Westens
Manufaktur, Konfektion,
Kurz-, Woll- u. Weißwaren
Breslau, Posener Straße 33

Seidenhaus A. J. Mugdan
Schweidnitzer Straße 38/40
Gegründet 1847
Seidenstoffe, Wollstoffe,
Voiles, Seidenband, Blusen,
Weißwaren, Kleider

Hausbedarf-Bekleidung

Farben-Lacke-Drogen

Händler, Wiederverkäufer

Manufakturwaren, Strumpfwaren, Kurzwaren, Garne
Stets Gelegenheitsposten!
S. Kaiser, Klosterstraße 109

W. Kirchhoff

Altbüßer-Ohle 11 u. Hummerlei 51 • Gegründet 1850
Spezialität:
Komplette Werkstatt-Einrichtungen
für Schneider
Sämtl. Futterstoffe u. Schneider-Artikel

Robert Neugebauer
Spezialhaus für
Farben, Firnisse und Lacke
Reuscherstraße 19

Spezialhaus für Herren- u. Knabenbekleidung

Franz Bilek Spezial-Abteilung:
Friedrich-Wilhelm-Straße 105 Maßschneiderei für den verwöhntesten Geschmack
Telephon: Ohle 6233 Dauernd reichhaltiges Stofflager

A. Kapst Herren- u. Knaben-Garderobe
Klosterstraße 67 Arbeiter-Bekleidung

Ritter-Drogerie R. Pusch
Altbüßerstraße 43
Spezialität: Seifen, Parfümerien
Toiletteartikel

Kenner trinken Limonaden und Selter von

Gesundbrunnen
Fabrik alkoholfreier Getränke

Breslau 10, Schützenstraße 5
Telephon: Amt Ohle Nr. 1298

BRESLAUER MÖBEL-HALLE

Friedrich-Wilhelmstraße 8 • Eingang Jahnstraße

Drogenhaus Oskar Reymann
Neumarkt 18. Tel. 222 • Albrechtstraße Nr. 47
Spezialität: Waschartikel

Trinkt Jansch-Kaffee

Kaffee-Jansch
Breslau

Möbelhaus M. Eisinger
Friedrich-Wilhelmstr. 12 (am Wachtplatz)
Größte Auswahl ::
Kulante Bedienung

Monopol-Drogerie B. Oschinsky,
Graupenstraße 6-10 Apotheker,
Tel. Ring 871.
Drogen, Chemikalien, Parfümerien,
Toiletteartikel, Farben, Lacke, Pinsel

STERN-MAFEL-FLOCKEN
die billigste Volksnahrung
Schlesische Mühlenwerke A-G Breslau 13

Leinenhaus Gotthard Völkel
Inletts / Züchen / Leinen / Trikotagen
Damenwäsche / Berufskleidung jeder Art
Arbeitsmenden usw. / Eigene Anfertigung
Breslau, Friedrich-Wilhelmstraße 51

Drogen- u. Photohaus
J. Matthias
Telegraphenstraße Nr. 8 (am Sonnenplatz)

En gros **Benno Ascher** En detail
Friedrich-Wilhelmstr. 3 • Größte Auswahl in
Musseline, Zepbir, Züchen, Inletts, Manchester usw.

Bernhard Krojanker, Breslau 9
Scheitniger Straße 15 Schuhwaren en gros und en detail

Kaufhaus Adler Spezialität: Blusen und Schürzen
Fürstenstr. 2 / Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Neu aufgenommen: Berufskleidung

Karl Berrens Rauchwaren-Zurichterei
Färberei
Sternstraße 47 Telephon Ring 9061

Richard Krusch Wurst- u. Konservenfabrik (Aufschnittgeschäft)
Adalbertstraße 13-15 • Telephon: B. 6565
Filialen: Klosterstraße 49, Ohlauer Straße 87 (in der Krone). Geöffnet bis nachts 1 Uhr

Pauls „Novität“ Führende Qualitäts-Zigarette

A. Gluskinos Junkernstraße 33/35
Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik

Otto Bordag Möbel modern, gediegen
Matthiasstraße 116 preiswert

Textilwaren Paul Schleif
Herren-Artikel
Matthiasstraße 124, Ecke Weissenburger Platz

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. November.

Bereinigter Sozialdemokratischer Partei.

Heute Freitag, den 3. November, abends 7 1/2 Uhr, in folgenden Distrikten:

- Außerordentliche Versammlungen:
Distrikt 18: bei Freier, Wilschstraße 8.
Distrikt 27: abends 7 1/2 Uhr, bei Weinte (Stadt Waterloo), Delsner Straße 8.
Distrikt 28: bei Koslowski, Uferstraße 20.
Distrikt 26: bei Görlich, Köpckestraße 13.
Distrikt 21: abends 7 1/2 Uhr, bei Jenke, Ofener Straße 2.
Die Funktionäre treffen sich pünktlich abends 6 1/2 Uhr.
Distrikt 32: bei Arst, Köpckestraße 58.
Distrikt 40: bei Lerche, Substrafstraße 95.

Überall ein wichtiger Vortrag, der sich mit der außerordentlich ersten politischen Lage beschäftigt. Dann noch sehr wichtige Parteianglegenheiten.

In allen übrigen Distrikten finden die Versammlungen morgen Sonnabend, den 4. November, statt. Näheres siehe morgige Nummer.

Gewerkschafts- und Parteifunktionäre!

Vom 5. bis 12. November

Werbewoche für die 'Volkswacht'!

Organisiert sofort in allen Betrieben, Büros und Geschäften, sowie Distrikten die Arbeit. Parteigenossen, verkündigt Euch untereinander!

Distriktsführer, Malatze zu den Resolutionen und Flugblätter zur Agitation müssen sofort im Parteisekretariat abgeholt werden.

Die Mitwirkenden an den Kinderveranstaltungen kommen morgen abend pünktlich 6 Uhr im Gewerkschaftshaus zusammen. Die Gruppen 3 und 5 proben.

Stadtoverordnetenversammlung.

Der Stand der Gemeindefinanzen. — Das Schicksal der städtischen Betriebswerke.

Die gestrige Stadtoverordnetenversammlung begann sofort mit der Vorlage über den Stand der Gemeindefinanzen und der Betriebswerke, die schon seit vier Wochen auf der Tagesordnung stand, ohne zur Beratung zu kommen. Wir geben hier die Ausführungen des sozialdemokratischen Fraktionsredners wieder, auf dessen Fragen der Oberbürgermeister sofort antwortete:

Stadtv. Darf (Soz.):

Vor vier Wochen hätte sich zum Bericht des Räumers über den Stand der Gemeindefinanzen vom 15. September viel sagen lassen, heute aber sind alle Angaben weit überholt, und es lohnt sich nicht mehr, ausführlich auf die Einzelheiten einzugehen. Immerhin lohnt es sich, festzustellen, daß der Reichtum der Stadt am 15. September auf 631,6 Millionen angab, imwieweil auf 279,5 Millionen gesunken ist. Er ist also um die Hälfte geringer als vor vier Wochen.

Er ist also um die Hälfte geringer als vor vier Wochen.

Er ist also um die Hälfte geringer als vor vier Wochen. Er war eines Tages sogar nur 178,5 Millionen.

ist seitdem aber wieder um hundert Millionen gewachsen. So geht es immer auf und ab mit unseren Finanzen. Einen Tag hat die Stadt etwas Geld, am anderen weiß sie nicht, wo sie die Löhne und Gehälter hernehmen soll.

Die förmliche Besserung der Finanzen seit dem 15. September beruht darauf, daß wir

vom Reiche 170,8 Millionen

Steuervorschläge auf die Verrechnung vorausgegangener Jahre erhalten haben. Für 1920 werden wir wohl damit abgeben sein, aber für 1921 haben wir sicher noch eine Anzahl Millionen zu erwarten, so daß sich der Fehlbetrag weiter verringern wird. An Zuschüssen des Reiches zur Beamtenbesoldung haben wir für drei Quartale 440 Millionen erhalten, das sind 371 Millionen mehr als im Haushaltsplan vorgesehen war. Für das 4. Quartal haben wir noch 278 Millionen zu erwarten. Natürlich brauchen wir das Geld und ich möchte bei der Gelegenheit betonen, daß wir es für

eine Pflicht des Reiches

halten, uns nicht nur Zuschüsse zur Besoldung der Beamten und Vorkaufspreisen der Räumerei zu verschaffen, sondern auch für die Arbeiter und nicht fest Angestellten dieser Verwaltung zu geben. Wir müssen uns bekanntlich auch bezüglich der Arbeiter und nicht fest Angestellten den Besoldungsverhältnissen des Reiches anpassen, wie ja überhaupt die Geldkrise des Reiches unsere eigene Krise ist.

Der Mehrbedarf der Stadt

beläuft sich für dieses Jahr nach dem gegenwärtigen Stande auf 2,1 Milliarden. Dem stehen

1,166 Milliarden Mehreinnahmen aus Gebühren

gegenüber. Hier hat sich ein ganz unheilbares Verhältnis herausgebildet. Am Beginn des Etatsjahres haben wir den Gaspreis sehr niedrig festgesetzt, gegenwärtig aber ist man versucht, zu sagen, daß

auf 1 Kubikmeter Gas 10 Mark Steuer

lasten. Man kann das sagen, angesichts der Ueberhörsche, die zu machen das Gaswerk gezwungen ist. Und beim Elektrizitätswerk steht es genau ebenso. Der Gaspreis ist zwar in Breslau bisher nicht höher als an anderen Orten, aber das ist kein ausreichender Trost. Es ist

nur die Kohlenpolitik des Magistrats,

aus der solche Ueberhörsche unserer Werke geflossen sind, ohne daß wir mit den Preisen über andere Städte hinaus kommen. Es ist nämlich dem Magistrat möglich gewesen, sich mit Kohlen etwas früher einzudecken, als manche andere Stadt, und drauher wird es ihm auch von Kohlenhändlern und Verbrauchern zum Vorwurf gemacht, daß er die Kohlen zurückgehalten hat, statt sie auch leinerseits sofort zum billigeren Preise an die Händler zu geben. Solche Vorwürfe sind zu verstehen, im ganzen aber werden wir doch zugeben müssen, daß die Kohlenpolitik des Magistrats nicht gerade schlecht gewesen ist. Denn die hohen Ueberhörsche aus den Gas- und Elektrizitätswerken, ohne daß wir mit den Preisen über andere Städte hinaus kamen, und die Möglichkeit,

Arbeitslose, Kleinrentner und andere Kostende

etwas mit Kohlen zu unterstützen, verdanken wir schließlich dem Umstande, daß der Magistrat die Kohlen in verhältnismäßig günstiger Zeit einkaufen konnte.

So sehr ich zu dem Magistrat Gerechtigkeit widerfahren lassen will, muß ich doch sagen, es ist hohe Zeit, daß sich der Magistrat nach anderen Einnahmequellen umsieht, und die Gas- und Elektrizitätsabnehmer etwas mehr Schonung finden. Nach dem Bericht des Räumers sind

Grundsteuer, Gewerbesteuer und Betriebssteuer

bereits bis zur wirtschaftlich zulässigen Höchstgrenze angepaßt. Gewerbesteuer haben wir aber schon gehört, daß bei diesen Steuern Erhöhungen geplant sind. Wir kommen ohne solche Erhöhungen

auch nicht aus, und wären sie nicht schon geplant, dann müßte ich sie zur Entlastung der Gasverbraucher fordern. Als wir im Juni den Haushaltsplan abgeschlossen haben, stand der Dollar auf 400. Heute steht er auf 4000. Aus der Markt von Juni sind zehn Pfennige geworden; auch aus jeder Mark der genannten Steuern. Der Gaspreis ist seit Juni mehr als sechsmal so hoch geworden, da können wir nicht Steuern, die nach den Verhältnissen des Vorjahres festgesetzt sind, unverändert lassen. Wir wissen zwar, daß auch diese Steuern wieder abgemildert werden, aber der Ausgleich ist doch geringer, als bei der Gaspreiserhöhung. Wir haben aber auch ganz besonderen Anlaß zu klagen, daß man

mit der Einziehung der Steuern

gar so weit im Rückstande ist. Besonders trifft das bei der Umsatzsteuer zu. Barum hat man die Steuerpflichtigen nicht nach der Selbstentziehung zahlen lassen? Immer geht es so, daß das Geld erst wertlos werden muß, ehe man es einzieht. Unsere Finanznot wird dadurch noch wesentlich verschärft.

Bei der Straßenbahn ist es immer noch nicht zur Umstellung eines zweiten Direktors gekommen, trotzdem gerade durch die Forderung dieser Stelle der Straßenbahnbetrieb durch Reformen rentabler gestaltet werden sollte.

Dagegen berichtet uns der Magistrat jetzt, in welcher Weise er im letzten Halbjahr

die Zahl der Beamten und Angestellten verringert

hat. Es sind seit dem 1. April 23 Stellen der Besoldungsgruppen II bis XI, die frei wurden, nicht wieder besetzt worden. Außerdem ist die Zahl der nicht ständig Angestellten seit dem 1. April von 1649 auf 1436 verringert worden. Ich muß hier dringend die Forderung wiederholen, die mein Parteifreund Wiersch schon deutlich stellte, daß in der gegenwärtigen Zeit der wachsenden Arbeitslosigkeit weitere Personalverringierungen bei der Stadt unterbleiben müssen, und daß man die Leute nötigenfalls abwechselnd ausleihen läßt, damit niemand völlig dem Elend der Arbeitslosigkeit verfällt.

Wiel Unruhe besteht in der Stadt und besonders in der Arbeiterklasse wegen der Gerüchte, daß

städtische Betriebe entkommunalisiert

werden sollen. Wir wissen ja, wie sich Sinnes und andere Kapitalisten die Erlangung der Sachwerte denken. Sie wollen eben die Sachwerte von Reich, Staat und Gemeinden erhaschen. Die Betriebe in ihren Besitz bringen, um sie ausbeuten zu können. Es ist auch zu glauben, daß der Breslauer Hafen, die Straßenbahn und andere Betriebe kapitalistische Kreise locken, die beweisen wollen, daß sie auf Kosten der Allgemeinheit gewinnbringender zu 'arbeiten' wüßten, als die Stadt. Uns ist bisher offiziell noch nichts bekannt geworden, ob beim Magistrat irgendwelche Pläne bestehen, städtisches Eigentum in Privatbesitz zu verwandeln, oder kapitalistischen Kreisen in der Form von gemeinschaftlichen Betrieben eine Gewinnbeteiligung zu verschaffen. Aber

wo Rauch ist, ist auch Feuer.

und so wollen wir nun wissen, was der Magistrat löst. Man wird wohl solche Fragen zur Selbstprüfung mit erwagen haben, denn er wird ja im Magistrat naturgemäß sehr viel, ohne daß es immer zu greifbaren Resultaten führt.

Ich möchte aber betonen, daß wir alle Erwägungen, Prüfungen, Erhebungen und Untersuchungen nach dieser Richtung für überflüssig halten.

Meine Partei würde einer Veräußerung städtischer Werte niemals zustimmen.

Schade um jedes Blatt Papier, das zu solchem Zwecke verungewöhnlich wird. Wir glauben nicht an die ungenügende Hilfe privatkapitalistischer Kreise; der Magistrat kann damit nur Enttäuschungen erleben. Wir haben oben schon den Schaden, daß in den städtischen Werken viel dislociert wird, denn die städtischen Arbeiter fragen sich mit Recht, was aus ihnen selbst und aus den sozialen Einrichtungen der Betriebe würde, wenn sich jene Gerüchte bewahrheiten. Und wenn viel dislociert wird, wird weniger gearbeitet. Damit in den städtischen Betrieben die nötige Beschäftigung eintritt, verlangt meine Partei, daß uns der Magistrat hier vor der Öffentlichkeit über die ganze Angelegenheit reinen Wein einschenkt.

Wie wir die städtischen Betriebe erhalten und rentabler gestalten, wird nach unsrer Sache sein. Wir stoßen dabei freilich gerade in den bürgerlichen Kreisen auf das meiste Unverständnis. Das kartellierte Unternehmertum darf sich jede Preiserhöhung erlauben, wenn aber die Stadt etwas verlangt, dann erhebt sich ein großes Geschrei, obwohl die Stadt die allerletzte ist, die schließlich mitmachen muß. Erst treiben die Kapitalisten die Preise in die Höhe, dann kommen die Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeiter und Beamten, und dann erst kommt die Stadt mit der Deckungsfrage. Bei den Steuern ist es sogar so, daß die Stadt ein volles Jahr hinter der kapitalistischen Entwicklung herhinkt, und trotzdem das Geschrei aller Gewinner über die hohen Belastungen durch die Stadt.

Zum Schluß beantragt der Redner die Verweisung der Vorlage an den Haushaltsausschuß.

Oberbürgermeister Dr. Wagner:

Es ist richtig, die Aufstellung, die wir gegeben haben, ist in grundlegenden Punkten veraltet und überholt. Die Anforderungen, die an uns gestellt werden, steigen täglich, fast stündlich. Richtig ist, daß seit mehreren Monaten alle Erhöhungen der Löhne und Gehälter auf Gas, Wasser, Elektrizität umgelegt werden und daß auf diese Weise durch indirekte Steuern der Bürgerhaushalt gewaltige Summen auferlegt worden sind; der Wunsch nach anderen Geldquellen ist verständlich. Herr Darf hat angedeutet, daß man an die Erhöhung der Grund- und der Gewerbesteuer denken müsse. Das ist eine zweifelhafte Frage. Erhöhen Sie die Grundsteuer, so wird sie nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen umgelegt auf die Mieter. Die Last liegt also wieder auf den breiten Massen. Was die Gewerbesteuer anbelangt, möchte man annehmen, daß nach der Dollarerhöhung auch die Steuer entsprechend erhöht werden kann, aber die ganze Entwicklung hat dazu geführt und führt dazu, daß auch der gewerbliche Mittelstand vernichtet wird. Wir werden zu prüfen haben, ob wir diese Wege gehen können oder den bisher eingeschlagenen beibehalten müssen.

Was die Frage der

Entkommunalisierung der städtischen Betriebe

betrifft, meine Herren, es hilft nichts, man muß den Dingen klar ins Auge sehen. Wir haben in den Betrieben die letzten Jahre gewirtschaftet, ohne genügende Reserven zurückzulegen. Es wird in Kürze ein großer Kapitalbedarf eintreten. Er ist ja eigentlich schon da. Nächstes Jahr ist der Vertrag der privaten Straßenbahn abgelaufen und es entsteht die Frage, ob wir den Betrieb übernehmen können. Es ist richtig, daß wir mit verlässlichen Kapitalgebern Verhandlungen anzuknüpfen haben, ob und unter welchen Bedingungen man uns die nötigen Kapitalien geben könnte. Heute Geld zu bekommen, ist nicht leicht. Wir müssen alle Anstrengungen machen, es uns zu beschaffen. Man kann verschiedene Wege gehen. Ich darf in der Öffentlichkeit nicht darauf eingehen, welche Wege wir eingeschlagen haben. Aber wenn wir daran gedacht haben, uns privates Kapital heranzuziehen, so tun wir das, um mit Hilfe fremder Kapitalien unsere zu schwachen zu füllen. Diese Dinge werden sorgfältigster Prüfung unterliegen müssen. Ich habe auf dem Standpunkt: man soll niemals 'Niemals' sagen. Die heutigen Zeiten sind so schwer, daß man, um ein Ziel zu erreichen, auch Wege einschlagen muß, die man sonst, program-

mäßig, vermeiden würde. Wenn wir ein Projekt finden würden, das dem Interesse der Stadt entspräche, würden wir selbstverständlich eine entsprechende Vorlage machen. Die Arbeiterklasse hat keinen Anlaß, viele Dinge zu erörtern; so schnell geht es nicht, daß schon jeder um seine Existenz bangen müßte. Die, die wir noch haben, werden wir größtenteils verwenden. Aber wenn auch wir mit der Sparlichkeit ernst machen, wie das die Gewerkschaften selbst für die öffentlichen Betriebe fordern, läßt sich wieder nichts dagegen sagen, daß der und jener arbeitslos wird. Die städtischen Betriebe dürften sich für eine Arbeitsverteilung sehr wenig eignen. Doch das muß geprüft werden. Es wird sich beim besten Willen nicht ermöglichen lassen, den Abbau aufzugeben. In der Tat ist es vielfach durch zweckmäßige Einrichtungen im Bürobetrieb möglich gewesen, Leute freizumachen. Man sollte es uns danken, daß wir auf dieser Basis gearbeitet haben und wir haben ja damit nur den Beschluß der Versammlung durchgeführt, 10 Prozent unseres Personals zu entlassen. Daß wir das mit aller Vorsicht und Rücksicht auf persönliche und familiäre Verhältnisse tun, ist selbstverständlich. Wenn die Dinge sich so fortentwickeln, kommt doch die Arbeitslosigkeit in größerem Maße. Geld ist nicht vorhanden. Wie wir schließlich enden in diesem Jahr, weiß kein Mensch.

Stadtoverordneter Dr. Herzogel fragt den Magistrat über die Unterstützung der Charitativen Anstalten. Stadtrat Fißner antwortet, daß ihre Unterstützung mit Lebensmitteln und Heizmaterial erfolgt. Wegen einer Gasermäßigung müsse der Magistrat erst einen Beschluß herbeiführen.

Stadtoverordneter Wolf (Dem.) hält es für die Pflicht des Magistrats, sich mit der Entkommunalisierungsfrage zu beschäftigen. Mit den Personalentlastungen müsse weiter fortgefahren werden, insbesondere in den Büros, die gar nichts zu tun hätten; dem Hochbau, der Baupolizei, dem Vermessungsamt.

Stadtoverordneter Ditz (Soz.) betont, daß früher, als der Beschluß gefaßt wurde, die Möglichkeit bestand, daß die Entlassenen von Handel und Industrie aufgenommen werden. Es fragt sich jetzt, ob es zweckmäßig ist, in Anbetracht der großen Gefahr der Arbeitslosigkeit, die Erwerbslozenzahl weiter zu vermehren. Wenn wenigstens darauf geachtet würde, daß bei den Entlassungen die wirtschaftlich Stärkeren zunächst entlassen würden. Es gibt noch viele Damen, die ihre Einnahmen für Putz und Toiletten verwenden. Den verheirateten Mann muß man im Betriebe lassen.

Stadtoverordneter Darf (Soz.) betonte in seinem Schlußwort die Notwendigkeit, die städtischen Angelegenheiten ihr Gehalt pünktlich auszuzahlen. Die Vorlage geht in den Ausschuß VIII.

Der Bericht über die weiteren Beschlüsse kann (Infolge Raum-mangels) erst morgen erscheinen.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Die Gebäudeführung durch Universität und Matthiaskirche, zu der Karten in der Buchhandlung der 'Volkswacht' zu haben sind, findet Sonntag, den 5. November, 1 Uhr, statt (Nicht 11 1/2 Uhr, wie in der vorigen Mitteilung angegeben.) Treffpunkt am Fiedlerbrunnen.

Nächsten Sonnabend, 6 Uhr abends, zweite Führung durch die 1. Herbstausstellung des Künstlerbundes Schlesien, Ausstellungshaus (Getreidehalle), Christophoriplatz.

Kunstgemeinschaft 'Der Anfang'.

Am Freitag, den 3. November, hielt Fritz Waltherr Bischoff, dessen Roman 'Dhne-öffentliche Gedichte und Prosa' (Abends 8 Uhr, Heim, Neue Tschingelstraße 20, Gartenhaus II.) Gäste willkommen. Nachher werden die Neuanschaffungen unserer Bibliothek nur an Mitglieder ausgeteilt. Außer Werken von Dostoiwski, Tolstoi, Barbusse, Kolland, enthält die Bibliothek jetzt Dichtungen von Kasimir Edschmid, Walter Halenclewer, Fritz von Unruh u. a., sowie Werke der Arbeiterdichter Harthel, Engelke, Lerch, Bekhold.

Am Sonntag, den 5. November, 5 Uhr nachmittags, Groß-Saal, Tauenkientstraße 6, Kammermusik (Klavier, Violine, Bratsche, Violen) von Max Keger unter freundlicher Mitwirkung von E. Johannes Hübnert, Herbert Kögelberger, Dr. Peter Webernagel, Toni Stephan.

Zu dieser Veranstaltung sind Karten erhältlich (25 Mark und 37,50 Mark, inklusive Steuer) im Vorverkauf in der Buchhandlung Volkswacht, Graupentstraße, und an der Kasse.

Der erste 'Konzertabend' im großen Saale des Breslauer Konzerthauses findet Freitag, den 3. November, abends 7 1/2 bis 10 1/2 Uhr, statt und ist vorzugsweise Wagnerischer Musik gewidmet, welche von der Kapelle des Breslauer Orchesterzweigs unter Leitung des Kapellmeisters Mundry ausgeführt wird.

Weibliche Wasserleiche. Am Weidenbaum wurde am Sonnabend die Leiche einer Frau aus der Ober gelandet, die noch ganz frisch war. Die Frau hatte vorher Krampfanfälle am Kopf nabebergelegt. Sie führte einen Zettel bei sich, aus dem zu ersehen war, daß es sich um die Pfaffenstraße 26 wohnhafte alleinstehende Anders handelte. Die Leiche wurde ins Schauhaus eingeliefert.

Wasserstand

vom 3. November 1922.

Table with 2 columns: Station and Water Level. Includes Ratibor, Strappitz, Kofel, Brieg, etc.

Bereinstellender.

Fabrikarbeiter-Verein, Sonntag, den 5. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Galeriezimmer, außerordentliche Funktionärssitzung. (Näheres siehe heutiges Inserat.)

Bauarbeiter-Verein, Sektion der Träger, Sonntag, den 5. November, vormittags 9 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses, Monatsversammlung. Alle Kollegen haben pünktlich zu erscheinen. Der Sektionsleiter.

Deutscher Legitarbeiter-Verein, Sonnabend, den 4. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses, Perzeptionsfamilier in den Seilerereien und Kalkbrennerereien der Firma Friedmann Beschäftigten, sowie der Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute, Betriebs- und Abteilungsleiter der Firmen Schoeller & Schwerin.

Unter neuer Roman

'Der Sprung in die Welt'

Von Arthur Zickler

mit dessen Abdruck wir in den nächsten Tagen beginnen, wird unsere Leser in seltener Weise festhalten. Schildert er doch frisch, lebendig und beseelt das Schicksal zweier Arbeiterjungen, ihre mannigfachen Freuden und Leiden und ihren Weg zum Sozialismus durch das eigene, tiefe Erlernen. Wir hoffen, damit, unseren Lesern eine spannende und wertvolle Lektüre zu bieten.

Robert Conrad.

Ein alter Breslauer Kämpfer aus der Zeit des Ausnahmezustandes ist in den letzten Tagen in Köln a. Rh. verstorben, wo er sich als Ingenieur niedergelassen hatte. Robert Conrad, ein Mann, der durch das Schicksal entschieden gelitten hatte, der mit dem Brandmal des unschuligen Verdachts, ein Polizeispion zu sein, Breslau verließ und der seine Rehabilitierung erst 34 Jahre später, durch den Parteitag in Götting, erfährt. Im Sommer dieses Jahres kehrte er noch einmal nach Schlessen zurück und nahm an einer Kreisversammlung in Waldenburg teil, eines Kreises, in dem er als einer der ersten Pioniere tätig gewesen war und in dem er zum Reichstag kandidiert hatte. Dort lernte ich den Mann persönlich kennen, eine imponierende Erscheinung mit weißem Haar und langem Bart, jedes seiner Worte sah eine echte Führermotiv aus der Zeit der unerschütterlichen Verfolgung der Sozialdemokratie. Am Rande des Grabes stehend, fand er noch einmal an einer der Stätten seiner früheren Tätigkeit, stiller mit bewegter Stimme das bittere Unrecht, was ihm widerfahren war, aber trotzdem war er von dem legendären Gedanken des Sozialismus durchdrungen, er und seine Söhne taten in der Partei ihre Pflicht.

Conrad war am 16. März 1853 zu Kobus geboren, er erlernte in Frankfurt a. O. das Maurerhandwerk. Im Alter von 19 Jahren trat er in Berlin dem Berliner Verein der Maurer als Mitglied bei, auch schloß er sich der Arbeiterbewegung an. Er blieb Vorsitzender des Vereins bis zu seiner Ausweisung aus Berlin. Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen kandidierte er im 41. und 42. Bezirk und für den Reichstag in den Wahlkreisen Götting und Waldenburg. Mit Gustav Repler führte er in seinem „Bauhändler“, den er im Auftrage der deutschen Maurer an Stelle des verbotenen „Grundstein“ herausgab, eine scharfe Propaganda. Conrad war ein eifriger und guter Verammlungsredner, er wurde mehrfach inhaftiert und unter Anklage gestellt und da er außerdem in dem Verdacht stand, Gewerkschafts- und sogenannte Streikgelder an die Partei abzugeben, wurde er nach seiner Exilhaftung im Oktober 1884 auf Grund des Sozialistengesetzes als gemeingefährlicher Agitator aus Berlin ausgewiesen. Die Berliner Maurer brachten ihm zum Trost in einer großen Versammlung noch eine gewaltige Ovation dar, der die „Berliner Volks-Zeitung“ vom 9. Oktober 1884 eine ganze Spalte widmete.

Von Berlin aus ließ sich Conrad auf Wunsch Schmalenegers zuerst nach Halle a. S. über, wo er mehrere Agitationsstunden machte. Im April 1883 fand in Dresden ein Kongress der Maurer Deutschlands statt und ließ sich Conrad auf Antrag der Breslauer Maurer und auf Wunsch des Parteivorstandes (Salenczer, Bebel und Liebknecht) nach Breslau über. Seine Frau, die ihm im Leben stets tapfer zur Seite gestanden hatte, kam aus Waldenburg. Vor ihm liegt die Geheimkorrespondenz, die der Parteipräsident von Berlin, Herr v. Rabat, mit seinem Breslauer Kollegen führte, wegen Conrads Ueberlieferung. Ein Dokument der hiesigen deutschen Schmach gehalten Ebelwid gegenüber. Zur Schwärzung der Parteizustände, die er in Breslau vorfand, wollen wir dem Verstorbenen selbst das Wort geben:

„In Breslau war der Diktator bei der letzten Wahl verloren gegangen und erhielt ich von Salenczer und Bebel den bestimmten Auftrag, hier Leben in die „Hunde“ zu pflanzen — wie Salenczer wirklich laste —, da die Arbeiterbewegung dort eingeschlagen sei usw., was ich auch bei meiner Ankunft bestätigte.“

Conrad war der Mann, Knecht zu schaffen, als Agitator und Organisator verstand er, das Partei- und Gewerkschaftsleben zusammenzufassen und Breslau war der „heiße Boden“ in ganz Deutschland. Salenczer, Singer und Liebknecht mußten auf seinen Anstoß hin mehrmals nach Breslau kommen, um innere Zwistigkeiten beizulegen. Es war die Stellungnahme gegen die beiden „Geheim-Zeitungen“ und die hinter diesen Vätern stehenden Parteigruppen. Conrad durchschlug den gordischen Knoten und gab ein eigenes Parteiblatt, „Die Breslauer Volksstimme“, heraus, die am 1. Januar 1888 zum ersten Male erschien. 3500 Mark hatte er zu diesem Zwecke gesammelt und geliehen und mit dieser Summe hielt er das Blatt bis Ende 1887, bis es auf Grund des Ausnahmezustandes verboten wurde.

Es kam der große Geheimbundprozess, der am 7. November 1887 begann. Unter den Angeklagten befand sich auch Conrad, er wurde jedoch mit wenigen anderen Genossen freigesprochen. Nun begann das Mißtrauen gegen Conrad, er mußte Polizeispion sein, wurde behauptet und schließlich warnte die „Eiserne Maste“ im „Sozialdemokrat“ vor ihm. Verwehrt war das Ringen des Vertriebenen um seine Ehre, erst 34 Jahre später erfolgte seine Rehabilitierung. Wirtschaftlich total verarmt, ließ sich er nach dem Fabelwitz über, wo er vorübergehend Arbeitsgelegenheit fand. Die Breslauer Genossen hatten jahrelang nichts mehr von ihm gehört, in der Partei konnte er nicht mehr öffentlich wirken. Conrad wurde ein reicher, einflußreicher Mann und blieb ein überzeugter Sozialdemokrat, der seine Kinder in unserem Sinne erzog. Als nach dem 9. November 1918 es möglich war, die Geheimnisse der politischen Polizei Breslaus einer Durchsicht zu unterziehen, stellte es sich heraus, welches bittere Unrecht man diesem braven Mitkämpfer getan hatte. Als Greis hatte er seine Ehrenrettung noch erlebt, jetzt dockt ihm der grüne Nejen. Die Breslauer Sozialdemokraten jagen aber aus vollem Herzen: Ehre seinem Andenken! Theodor Müller.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Spaltung der tschechischen Gewerkschaften.

Auch in der Tschechoslowakei haben — wie in Frankreich — die Kommunisten die Einheitsfront der Gewerkschaften zerstört, wiewohl sie sich als ihre Verteidiger aufspielen. Die von ihnen gegen die Leitung der tschechischen Gewerkschaftszentrale „Obhorodé Strany“ systematisch getriebene Opposition war nicht auf Reinigungsarbeiten über Fragen rein gewerkschaftlicher Natur zurückzuführen. Ihr Ziel war vielmehr, die gesamte Gewerkschaftsbewegung der Tschechoslowakei zum Werkzeug der kommunistischen Partei zu machen und ihren Anstoß an die Räte Gewerkschaftsinternationale zu bewirken. Der Erfolg stand anfangs allerdings im umgekehrten Verhältnis zum Aufwand der Kräfte. Um doch noch zu einem Re-

sultat zu kommen, wurde eine neue Sorte „proletarische Aktion“ begonnen. Man sparte die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder an, ihre Beiträge an die Organisation nicht mehr zu zahlen. Nun erst gelang es den Anhängern Moskaus eine einigermaßen ansehnliche Gefolgschaft zu erlangen. Offenbar war es die Meinung, daß eine Schwächung der finanziellen Widerstandskraft der Gewerkschaften eine Verhäufung des Klassenkampfes bedeute.

Selbstverständlich wurden die betreffenden Mitglieder von der Mitgliederliste gestrichen. Darauf aber hatten die Kommunisten gewartet. Der nächste Schritt, den sie machten, war ein Aufruf des unter kommunistischer Leitung stehenden tschechoslowakischen Verbandes der chemischen Arbeiter, in dem die angeschlossenen Mitglieder aufgefordert wurden, sich dem genannten Verband anzuschließen.

Der tschechische Gewerkschaftsbund konnte diese Herausforderung nicht anders beantworten, wie mit dem Ausschluß des Verbandes der chemischen Arbeiter. Der Verband tschechischer Arbeiter berief daraufhin eine Konferenz aller getrennten Mitglieder, sowie der Ortsgruppen, die keine Beiträge mehr zahlten.

Das Resultat dieser Zusammenkunft war die Errichtung einer kommunistischen Gewerkschaftszentrale. Ihre ersten Taten bestanden darin, sich der Räten Gewerkschaftsinternationale anzuschließen und in einem Aufruf bekannt zu geben, daß ihr alle Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre politische oder religiöse Meinung angehören können, wenn sie nur auf dem Standpunkt der „Diktatur der Proletariats“ stehen.

Es bleibt nun abzuwarten, wie sich diese kommunistische Organisation, die anfangs Oktober definitiv zustande kam, weiter entwickeln wird.

Gibt man sich die Resultate vor Augen, die die französischen Gewerkschaften der tschechischen Kommunisten mit dieser Spaltung erreicht haben, dann kann mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit vorausgesetzt werden, daß auch hier der einzige „Erfolg“ nur eine Schwächung der Gewerkschaftsbewegung sein wird.

Die neuen Leuerungsansätze für die Beamten.

Am Mittwoch nachmittag begannen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die Neuregelung der Bezüge der Beamten. Die Organisationen hatten außer einer Nachzahlung für Oktober eine Erhöhung des Novembergehalts gegenüber den Oktoberbezügen um 12000 Mark gefordert. Davon sollten 5000 Mark als Leuerungszuschlag und 7000 Mark als Kopfschlag gezahlt werden. Im Verlaufe der Verhandlungen erklärte die Regierung, sie bedauere die Forderung der Gewerkschaften, die jede Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches vernachlässige und lehnte sowohl die geforderte Nachzahlung für Oktober als auch den Kopfschlag ab. Nach längerer Debatte einigte man sich auf den Regierungsvertrag, der für den November eine Zulage von 33 Prozent zu zahlen. Der prozentuale Leuerungszuschlag beträgt also 49 Prozent. Die Gewerkschaften stimmten diesem Vorschlag unter Protest und nur deswegen zu, weil die Beamten notwendig Geld gebrauchen. Sie bestanden sich vor, im Laufe des Monats neue Forderungen zu stellen, da die eben bewilligte Zulage kein Ausgleich für den Monat November sei.

Wachsende Arbeiterzahl in Deutschland.

Nach den Berichten der Gewerkschaftsbeamten für die Jahre 1920/21 hat sich die Zahl der Betriebe in Deutschland (ausgeschlossen der sogenannten Versorgungsbetriebe), die mindestens 10 Arbeiter beschäftigen, von 700 434 im Jahre 1920 auf 824 169 im Jahre 1921 erhöht. Die Zahl der Betriebe hat sich demnach von einem Jahr auf das andere um 7,9 und die der Arbeiter um 7,2 Prozent erhöht. Die härteste Erhöhung der Arbeiterzahl metten die Betriebe der Maschinen- und Werkzeugindustrie auf, nämlich 10,3 Prozent. Von besonderem Interesse ist, daß unter den sogenannten Versorgungsbetrieben die Gas- und Schankwirtschaften eine erhebliche Vermehrung zeigen. Ihre Zahl ist von 38 513 auf 53 978 gestiegen, die Zahl der darin beschäftigten Angestellten von 120 150 auf 131 463, also um über 9 Prozent. Dieser ist ein Vergleich mit den Zahlen der allgemeinen deutschen Betriebszählung vom Jahre 1907 wegen der territorialen Veränderungen in Deutschland nicht möglich. Der Anstieg ist jedoch so groß, daß sich seit 1907 trotz der Veränderung der deutschen Bevölkerungsziffer infolge der Gebietsveränderung die Zahl der industriellen Arbeiter Deutschlands erhöht hat, was allerdings anzeigt, daß die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft empfindlich zurückgegangen sein muß.

Warnung vor Jazug.

Der Ortsauschuh Groß-Hamburg des DGB warnt die Arbeiter aller Berufe vor Jazug nach Groß-Hamburg, wo die Zahl der Arbeitlosen in allen Gewerben von Tag zu Tag steigt. Zu dieser schrecklichen Beschäftigungslosigkeit kommt der große Mangel an Unterkunftsraum, jedoch alle Jazugisten der schlimmsten Ausbeutung durch die Vermieter preisgegeben sind. Die Hamburger Gewerkschaften beharren darauf, daß bei den staatlichen Notstandsarbeiten nur kaufmännische Arbeitnehmer verwendet werden.

Aus Schlessen.

Monarchisten auf Abruf.

Aus Hirschberg schreibt man uns: Die Meinungsstreitigkeit ist zu heftig, die Organe aber, die der Republik dienbar sind, Reichswehr, Eisenbahn, müssen zur Liebe für den Staat ertragen werden. Diese schönen Worte fand der Herr Reichswehrminister Geiser auf dem Parteitag der Deutschdemokratischen Partei in Eibersfeld. Und wie sieht es in Wirklichkeit aus:

Kommt man in die Waldsee-Kaserne aus der Hospitalküche, so denkt man unwillkürlich, man lebt in der glorreichen großen Zeit, überall sieht man Bilder unserer „geliebten“ Herrscher und dergleichen. Wenn man aber noch das Jägerheim betritt (frühere Kantine), glaubt man sich in eine Filiale der Antikemitterie versetzt. An den Wänden hängen lauter denkmäler und antikenmäßige Gegenstände, sogar der „Hammer“ ist vertreten.

Der alte Fritz sagte einmal, er habe keine hornierte Rindviehigkeit. Hier hätte der Herr Reichswehrminister ein sehr großes Arbeitsfeld, um dieses Wort zur Durchführung zu bringen. — Ob sozialdemokratische Jazugisten dort auch ein Blickchen finden??? — — — Auch an anderen Orten hängt in den

Reichswehrkasernen über dem Bett mancher Soldaten Wilhelm der Dritte. Wie kann der republikanische Reichswehrminister aber seine Untergebenen so etwas dulden?

Schmiedeberg. Auf der Flucht angefallen. Hausdiener Leo aus Bräunenberg ist am Dienstag von Grenzpolizeibeamten beim Säunngeln abgefaßt worden. Kurz vor der Einfahrt in das Gefängnis Schmiedeberg entwich er, konnte jedoch noch an demselben Abend in Hirschberg wieder festgenommen werden. Auf dem Rücktransport mit der Bahn versuchte er zwischen Jilfenthal und Pfaffengrund abermals zu entweichen, indem er während der Fahrt vom Wozzi aus über das Dach des Eisenbahnwagens kletterte wollte. Der begleitende Grenzpolizeibeamte mußte von seiner Dienstwaffe Gebrauch machen und traf den Flüchtigen in den Unterleib. Der Gefangene wurde dem hiesigen Krankenhaus eingeliefert. Ob die Verletzung lebensgefährlich ist, steht noch nicht fest.

Saarau. Großes Aufsehen erregt die Verhaftung eines auf dem hiesigen Postamt tätigen Beamten, der fortgesetzt die Postfächer plünderte, namentlich Briefe, die aus Amerika eingingen, und in denen er Papierdollars vermutete. Er öffnete diese Briefe, unterfahig und herabte sie. Seine Enttarnung glückte, als er sich einen aus Amerika eingegangenen Scheck zu eigen gemacht hatte und diesen zur Einföhrung präsentierte.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Flaggen von Schulgebäuden.

Da auch Schulgebäude zu den Gebäuden der Selbstverwaltung gehören, die auf Anordnung zu flaggen haben, erucht der Landrat des Kreises Neumarkt die Schulverwaltungen der im Kreis gelegenen Schulen, dafür zu sorgen, daß für die Schulen, für die eine Reichsflagge — schwarz-rot-gold — oder eine Landesflagge — schwarz-weiß — noch nicht vorhanden ist, die Beschaffung einer solchen mit Beschleunigung erfolgt. Die baldige Beschaffung ist schon mit Rücksicht auf das anbahnende Steigen der Preise von Flaggen erforderlich. (Wir hoffen, daß die Anordnung des Landrats nicht tauben Ohren geredigt ist. D. R.)

Aus der Partei.

Am 27. Oktober hielt die Ortsgruppe Deutsch-Lissa in Genossen Wilhelms Lokalitäten eine öffentliche Volksversammlung ab. Vor über 250 Zuhörern sprach Genossin Dr. Wegscheider-Ziegler-Berlin über das Thema: „Die Arbeiterkraft im Kampfe um die politische und wirtschaftliche Macht.“ Genossin Wegscheider schilderte das heutige Wirtschaftselend und all seine furchtbaren Folgen. Ferner betonte sie den großen Arbeitsverbrauchs in Deutschland, der zur Verdrängung wesentlicher Beiträge, Tausende von Familien könnten den Hunger stillen, wenn das Getreide zu Brot verbacken würde. Die Diskussion war sehr reg. Am späten Abend erhielt die Referentin ihr Schlusswort, das ebenfalls mit großem Beifall aufgenommen wurde. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratische Partei fand die Versammlung ihr Ende. Eine Teilerkennung ergab 162 Mark.

Konzerte.

Orchester-Verein.

Mit einem gewählten Programm begann Hermann Behr, enthusiastisch bei seinem Erscheinen auf dem Podium begrüßt, den Zyklus der vollständigen Synchronkonzerte. Brahms (Haydn-Variationen) und Beethoven (Siebente Symphonie) waren die Hörner zum Tempel der Kunst; Mendelssohn, vorzüglich sich anschließend, kam zwischen ihnen. Sein Violinkonzert erklang unter Georg Beerwalds Händen. Die Erinnerung an Adolf Büch, der es vor einem Jahr hier gespielt hatte, wurde an mehr als einem Punkt lebendig. Neben der selbstverständlichen höchsten Beherzungen ist es vor allem die hohe Ehrfurcht vor dem Geist des Kunstwerks, die Weisheit und Schiller eint. Sein andäufelndes Unrecht aber lüchelt der Jünger in der Neugier dringenden Temperaments zu wahren, oft in allzu erupitiver Form, so daß der Eindruck des Sehens entsteht, als ob „agitato“ das seelische Grundmaß dieses Konzertes wäre. Nichtsdestoweniger — oder vielleicht auch gerade deshalb war die Wirkung hinreichend, der Beifall leckte dementsprechend in einer unerhörten Stärke und Nachhaftigkeit ein, von dem ein gut Teil auch an Hermann Behr, des geschickten Begleiters mit dem Orchester, Adreße gerichtet war. 69.

Klingler-Quartett.

Ausverkauf — natürlich — wenn das Klingler-Quartett im Stadthaus spielt! Die Vortragsfolge war nicht frei von Sprunghaftigkeit. Dittersdorf, Pfitzner und „lehter“ Beethoven! Umlehter Geschwister Kinder dreier Generationen; aber eine Kammermusikvereinigung kann sich nicht auf Hammbaummetre Descendenz einlassen, ihr müssen vielmehr die historischen Uebergänge, die vermittelnden Zwischenglieder, abgesehen. Es kommt letzten Endes bei den vier Wundermännern (Karl Klingler, Richard Heber, Fridolin Klingler, Max Waldner) auch gar nicht so sehr auf tüdeltosen Aufbau des Programms an; mit dem ersten Bogenstück ist die jeweils kennzeichnende Atmosphäre geschaffen. Das Es-dur-Quartett von Dittersdorf, dem einst berühmteren Zeitgenossen von Haydn und Mozart, leht mehr von literarischem Geist, von wichtiger Klauerkunst und anmutigem Erzählertalent, als daß es Tiefen aufwühlte. Pfitzners Quartett mußte ich mir leider entgehen lassen. Zum Schluß knieten die Klingler-Beute in andächtiger Inbrunst vor ihrem Abgott — Beethoven.

Sie spielten, wie eben sie spielten, wie man es von ihnen gewohnt ist und wie man es von ihnen erwartet, d. h. — vollkommen, vollendet. 69.

Auffallend billig!

Rindwagen, Klappwagen, Kinder-Metal-Bettstellen

Leiter- und Rattenweg, Rattenfelle, Rattenfelle, Rattenfelle

Rindwagenfabrik, Friedrich-Wilhelmstraße 17.

Bringen Sie Stoffe!

Ich fertige Damen-Mäntel an für 850 Mk.

Inkl. Zutaten. Liedtke 1340

Damenmäntel - Fabrik, Lorenzengasse 18. Mein Atelier steht unter der Leitung erakl. Direktrices.

SUNLICHT

Unzählige Achteckstücke der altbewährten SUNLICHT SEIFE mandeln täglich aus der Fabrik auf den Waschtisch und ins Bad.





Henkel's Dufo- und Scheuerpulver, für Haushalt, Gewerbe und Industrie unentbehrlich. HENKEL & Co., DUSSELDORF.

Familien-Anzeigen

Am 1. November verstarb unser werter Kollege und Mitarbeiter, der Vorachlosser August Scholz im Alter von 53 Jahren.

Kohlenschlachten kostenlos abzugeben. Städtisches & mpt-Elektrizitätswerk, Scheibenberg 5.

Nähmaschinen, Altmetalle, Tischlerwerkzeug kauft zu höchsten Preisen. Wenzlers, Gröblichener Straße 45.

Hohe Tagespreise für Messen, Metalle, Tuch- und Schneiderabfälle etc. Wilhelmstraße 55/57, Telefon 6485 Nebenstelle.

Stadttheater. Freitag 6 Uhr: Götterdämmerung. Sonntag vorm. 11 1/2 Uhr: Lang-Wallner.

Breslauer Konzert-Haus. Heute Freitag 7 1/2 Uhr: Tonkunst-Abend.

Schauspielhaus. Operettenbüchse. Freitag und Sonntag 7 1/2 Uhr: Gastspiel Emma Sturm.

Dominikaner! Riesen-Erfolg der Lobersiana-Sänger!

DK. Freitag 6 Uhr, Sonntag 4 Uhr. Der größte Abenteuer-Defektiv-Schlager.

Palast-Theater. Freitag 5 Uhr, Sonntag 3 Uhr. Der Meister-Dektiv-Film.

Wunderbar. Täglich 8 Uhr: Runder-Revue. Jeden Sonntag Nachmittag 3 bis 7 Uhr Kino.

Spurlos verschwunden. Geheimnis von Schloss Totenstein!

Variété. 25 Mk. u. höher. Hagenbecks Raub-Herzlein. Wildnis-Abenteuer.

Herren-Anzüge Raglan. Oskar Behmel. Alte Herrenhüte.

Von was man in Berlin spricht?

Uraufführung mit Esther Carena, Magnus Stifter, Herm. Picha, Herm. Valentin. Von der Usternen Liebe der Großstadt.

Das Warenhaus der Liebe. (Die Königin von Whitecapel). Ferner: Die Sünde einer Sechzehnjährigen.

Das große Radiumgeheimnis

Der Schrecken der „Roten Berge“. 3. Teil: In der Gewalt eines Wahnsinnigen. Mary Walcamp, Eddie Polo.

Die große Sensation des Tages!

„Wirbelwind“ 3. und 4. Teil. „Eine Zwangsheirat“ 6 Akte. „Die lebende Brücke“ 6 Akte.

Wartburg-Lichtspiele

Danton! Ferner der große Abenteuer „Die Diamantenkonkurrenz!“

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Sonntag, den 5. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Galeriezimmer. Außerordentlich wichtige Funktionär-Sitzung.

Markenfreie Brennstoffe

Holz, Grudekoks, Hüttenkoks, Stückbraunkohle, Brennstoff, Edmund Prause.

Anzüge

Raglans, Geb. Hänel, Herrenkleiderfabrik, Neumarkt 13, I.

Versteigerung

Sonntag, den 4. November, vormittags 9 Uhr, in der Luisenstraße 10.

Wir suchen tüchtige Schneider

auf Sakkos u. Schlüpfer in der höchsten Tarifserie für glatte Arbeit und garantieren dauernde Beschäftigung.

Käufe

Säcke, neu u. gebraucht, auch zerrissene, Kaufhaus, Breslauer Sackhaus.

Kleine Anzeigen

Gardinen, Bettdecken, M. Carl, Edweidinger Stadigr. 22.



Erdal! Gibt der Preis das rechte Maß! Kein, auf keinen Fall Billig ist nur Qualität! Deshalb lang Erdal!

Breslauer Industrie und Großhandelsfirmen

Bielschowsky-Weigert-Werke

Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Getreidemühlen — Nahrungsmittelwerk — Ölkuchenmühle

Große Mühle, Oels i. Schl.  Sophien-Mühle, Breslau

Hauptverwaltung
Breslau 6, Friedrich-Wilhelm-Straße 73
Telegr.-Adr.: Sophienmühle Fernsprecher: Ring 8367-69

Schoeller-Strickgarne sind die besten

Schoeller'sche und Eitorfer Kammgarn-Spinnerei A.-G.
Breslau 6

Hydrometer A.-G.

Siebenhufener Straße 57/63
Wassermesser für alle Zwecke von 7-1000 mm l. W.

F. W. Rosenbaum

Breslau 24 Gräbschener Straße 281
Fabrik für Wagen- und Karosseriebau

Auto-Reparaturen

Motorsport Nekolla

Michaelisstraße 20/25 • Telefon Ring 11551

Gelegenheitskäufe in neuen und gebrauchten
Automobilien und Zubehör
Autohaus Heilmut Klaas
Häfchenstraße 1 Tel.: Ring 4613

Gotthold John
Automobile / Bereifung / Zubehör
Teichstraße 21 Tel. Ring 467
Lager: Ende Lohstraße 120

Karosserie Herrmann
BRESLAU
Gabitzstraße 44 Tel.: Ring 9131

Ludwig Kralik
Wagen- und Karosseriebau
Tel. Ring 1904 Breslau Tauentzienpl. 7
Reparaturwerkstatt — Reifenpresse

W. Kempe, Gabitzstraße 15
Wagen- und Automobilbeschläge
Stellmischerbölzer — Werkzeuge

Schreibmaschinen, Typen-Flachdrucker, Rechenmaschinen, Büromaschinen erstklassigster Systeme
Ostdeutscher Büromaschinen-Vertrieb
Breslau 8, Vorwerkstraße 24

Photo-Artikel
für Wissenschaft, Technik, Sport
Fischer & Comp.
Breslau I, Taschenstraße 25

Paul Kaschig Gräbschener Straße 71a
Telephon Ring 7247 Elektr. Licht- und Kraftanlagen, Beleuchtungskörper, Motoren.

Otto Wittwer
Albrechtstraße Nr. 44/45
Weingroßhandlung

J. Goldstein, Breslau 6
Wein- und Spirituosen-Großhandlung
Telephon Ring 6248 — Friedrich-Wilhelm-Str. 30
empfiehlt sich zum Einkauf von gut gepflanzten Rhein- und Moselweinen sowie Spirituosen aller Art

Erich Dieterle
Zigarren-Fabriken
Telephon Ring 7715 Häfchenstraße 81

Tischler & Müller, Breslau 13
Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 45 Telephon: Ring 7012 Telegr.-Adr.: Roberti Breslau
Getreide / Sämereien / Futtermittel und Düngemittel / Kartoffel-Großhandlung

Reserviert

Handels- und Gewerbebank Breslau

Gegründet 1859 E. G. m. b. H. (vorm. Vorschuß-Verein) Mitgliederzahl 3700
Ausführung sämtlicher bankmäßigen Geschäfte
Annahme von Spar- und Depositengeldern von jedermann
Verzinsung zu günstigsten Bedingungen Stahlkammer und Schrankfächer

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterschutz Ohne Gewähr

Ankunft der Züge Breslau-Hbf.
Schnellzüge sind durch starken Druck hervorgehoben. D. = Durchgangswagen.
E = Eilzug W = Werktag; S = Sonntags.

Richtung Berlin über Sagan oder Kohlfurt. Bahnsteig 3.	Richtung Brieg. Bahnsteig 2.
Berlin-Sagan 412 200D 945D 1128 200D	Oppeln 733
Berlin-Kohlfurt 525 D 513	Hindenburg (Oswiecim) 839 300 832 840E
Modlau 845 W	Hindenburg (Myslowitz) 1120D 536
Görlitz und Sagan 106	Oderberg 503 1000 310D 536 1030 1222D
Görlitz 122 822	Neisse über Brieg 835 201
Dresden 146 D 918 D 1220 D	
Berlin über Sorau-Sagan 323 E	
Halle-Kassel 923 D	

Aluminium in Rohware, Blechen, Rondellen und Halbfabrikaten, Aluminiumguß, Haus- und Kuchengeräte, Messingbleche
Stahlwerk Mark, Breslau

Metallhüttenwerke Schaefer & Schael
Berlin W 63 BRESLAU 24 Düsseldorf Wien-Atgersdorf

Spezialfabrikate:
Weißlagermetalle in garantierter Gehalten
Calcium-Lagermetalle für besond. Beanspruch.
Bronzeblöcke, Messingblöcke, Zinkbronzen in garantierter Gehalten

Wir bitten um Veranlassung sind wir stets Käufer für zinn-, antimon-, kupfer-, bleihaltige Arsen-, Legierungen und Rückstände

Richard Rudolph, Breslau-Klein Tschansch
Maschinenfabrik
Spezialfabrikation von Anhängewagen für Kraftfahrzeuge
Montage und Vertrieb der „Stumpf-Kraftpflüge“
Werkstatt für Maschinen- und Kraftwagen-Reparaturen

Fordern Sie bei Bedarf Preise für
Bau- und Möbelbeschläge aller Art
Eigene Kataloge vorhanden **Gustav Davidsohn Nchflg.**
Inh.: M. Willenberg
BRESLAU 5 / Gartenstraße 19
Drahtstifte
Holzschrauben
Dachfenster, Ventilatoren
Telegraphenadresse:
Davidsohn Nchflg, Breslau 5
Telefon: R. 3532

Bei Vergebung von
Druckjahren
berühmter Industrie und Handel, Kommunal- u. Staatsbehörden, Parteivereine, Gewerkschaften, Krankenkassen, Arbeiter-Sport- und Vergnügungsvereine die Buchdruckerei der
Volkswehr
Breslau 2, Flurstraße Nr. 4-6
Gute Arbeit! Mäßige Preise!

A. M. Perle-Breslau
Striegauer Straße 3
Sack-Großhandlung und Verleihgeschäft
Telephon: Ring 5590/91, 2252

Tele. 2.3844 u. 6548
Schönhals-Wilshoes
Eisenwerk August Tebbe
Breslau-Groß Tschansch
Transportgeräte, schmiedeeiserne Fenster, landwirtschaftliche Acker- und Kulturgeräte

Schmitz & Co., Kl.-Tschansch
Bronze und Metallwarenfabrik

Fingerhut & Co. G.m. Breslau V
Papierwaren-Fabrik.

Chemische Fabrik Apotheker Rudhenn & Böger
Breslau 10, Vorderbleiche 3
Fabrikation pharmazeutischer und kosmetischer Präparate / Großhandlung pharmazeutischer und technischer Chemikalien / Sämtliche Tinkturen
Fernruf: Ring 11020 und Ohle 6345

Breslauer Capsules- u. Verbandstoff-Fabrik
vorm. Wih. Grötzer, Inh. Paul Wohlaue
Schweidnitzer Stadtgr. 9, Tel. R. 887, Fil. Kattowitz

Ludwig Sebode • Breslau 5
Verbandstoffe
sämtliche Artikel zur Krankenpflege
Engros :: Export

Kolonialw.-Großhandl. Erich C. Hartmann
Sadowastraße 37a. Telephon Ring 4588

Kary & Gerson
Junkerstraße 31
Getreide- und Futtermittel-Großhandlung
Tel. R. 948, 8113, 8174

Breslauer Metall- u. Eisenverwertung G.m.b.H.
Güterleinbahnhof a. d. Gröschelbrücke, am Großschiffahrtswege
Übernahme von Abbröchen, Alteisen und Metallen. Nutzeisenhandlung.